

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.-, Halbjährlich 5.-, Vierteljährlich 8.-, monatlich 1.-, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 24. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Deutschamerikanisches Finanzabkommen.

Holländisch Newsbureau meldet aus New York: Der deutsche Finanzagent Martin Nordeng, der sich gegenwärtig in New York befindet, hat mit einem großen Bankkonzern im Namen und Auftrag der Deutschen Bank eine Vereinbarung getroffen, laut welcher ein von der amerikanischen Regierung genehmigtes Darlehen für den Einkauf von Lebensmitteln und anderen Waren zur Verfügung gestellt wird.

Wiederaufnahme des deutsch-amerikanischen Postpaketverkehrs.

Nachricht aus New York: Die Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Deutschland hat am 22. Juli mit der Verschiffung von 100 Postkästen von insgesamt 350 000 Briefen an Bord eines skandinavischen Dampfers nach Kopenhagen begonnen.

Deutschenglischer Handel.

Aus London wird gemeldet: Die britische Regierung wünscht bedenken, daß eine Ausfuhrerleichterung britischer Waren nach Deutschland geschaffen wird, wogegen die Einfuhr deutscher Waren beschränkt werden soll.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit England.

Reuter teilt mit, daß der britische Botschafts- und Konsulatsdienst in Deutschland in aller kürzester Zeit wiederhergestellt wird.

Junkerliche Provokation in Berlin.

Folgender Bericht geht uns von glaubwürdiger Seite zu: Mittwoch vormittag rückte die bisher in Dahme bei Jüterbog untergebrachte „Eiserne Eskadron“, die zum Garde-Kavallerie-Schützen-Korps gehört und nun in die Reichswehr übernommen wird, in Berlin ein.

Da Mittwoch, abends gegen 10 Uhr, weder beim Reichswehrministerium, noch beim Garde-Kavallerie-Schützen-Korps oder beim Korps Rittmeister, noch sonst bei einer maßgebenden Stelle Auskunft zu erlangen war, fehlt uns die Möglichkeit, eine Äußerung von dieser Seite mitzuteilen.

Wir haben es weit gebracht, wenn sogar mitten in Berlin berartige Provokationen verübt werden können. Nach den Friedensbedingungen muß ja der Truppenstand gewaltig vermindert werden.

Während also die Herren Offiziere bestimmter Couleur nicht aufhören, durch Provokationen oben angeführter Art die Öffentlichkeit zu beunruhigen, fühlt sich Generalleutnant von Hofmann genötigt, folgendes Schreiben an den Reichswehrminister zu richten.

Reichswehr-Gruppen-Kommando I. L. c. Nr. 11 103/A 1. Berlin, d. 11. Juli 19.

in Schutz zu nehmen, haben leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es vergeht vielmehr kaum ein Tag, ohne daß der „Vorwärts“ in mehr oder weniger verdeckter Form seiner Abneigung gegen das Offizierkorps Ausdruck verleiht.

Ich beuche zugleich die Gelegenheit, um zu einer neu auftauchenden Erscheinung Stellung zu nehmen, deren enge Beziehung zur Schriftleitung des „Vorwärts“ unschwer zu erkennen ist. Es handelt sich um den „Republikanischen Führerbund“.

Der kommandierende General, J. A. v. Hofmann, Generalleutnant, Reichswehrbrigade 15, Berlin, 17. Juli 19.

U. Umdruck an alle Formationen zur Kenntnis. A. B. Koppe, Oberleutnant u. Adj.

Dieses Schreiben stellt ein kaum zu überbietendes Maß von Ueberhebung dar. Während Herr von Hofmann dem „Vorwärts“ das Recht abzuspüren versucht, Kritik an gegenrevolutionären monarchistischen Kundgebungen von Offizieren zu üben, verlangt er von unseren Genossen in der Regierung, daß sie sich gegen eine der heutigen Regierungsform entsprechende Organisation von Offizieren zu wenden haben.

Die Rücksendung unserer Gefangenen.

Reuter meldet: Die Aufhebung der Blockade, die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland wird von liberaler Seite aufrichtig begrüßt.

Das schwedische Oberhaus.

Kopenhagen, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gegenwärtigen Wahlen der ersten schwedischen Kammer, dem bisherigen Volkswort des reaktionären Wahlsystems, weisen einen erheblichen Stimmengewinn für die Sozialdemokratie auf.

Das Programm der Regierung.

In Weimar haben am Mittwoch der Reichsministerpräsident und der Minister des Auswärtigen ihre Programme für die künftige Politik der Regierung im allgemeinen und für die auswärtige Politik dargelegt.

Die Rede des Reichsministerpräsidenten Gustav Bauer war ein Werk, das in Anger Auswurf und weitem Maßhalten alle wichtigen Probleme der nächsten Zukunft hervorhob und dabei zu einer Einheitsfront gelangte, die dem Ganzen den Charakter jenseitigen Unirig eines wirklichen und geldloffenen Programms gab.

Die Rede des Reichsministerpräsidenten Gustav Bauer zur Demokratie und zur Republik und gleichzeitig zu einem Sozialismus, wie er allein aus dem angehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands heraus verstanden werden kann.

Die staatliche Zukunft Deutschlands ist nur auf dem Boden der Republik denkbar. Für brutale Diktatur von Minderheiten ist in Deutschland kein Platz und alle Bestrebungen nach dieser Richtung werden auf den entschiedensten Widerstand der Regierung stoßen.

Dem Sozialismus wird in Deutschland der Boden geebnet werden. Nicht nach russischem und ungarischem Muster, das die Vaterortterklärung sozialistischer Parteien ist, sondern nach den durch den Stand unserer wirtschaftlichen Verhältnisse vorgezeichneten Richtlinien auf die Lebensfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Dazu ist notwendig, daß das Unternehmertum den Gedanken rücksichtsloser, eigenmächtiger Herrschaft unterdrücken lernt, daß es im Reiche des wirtschaftlichen Kapitals nur bleiben kann, dieses in den Dienst der Allgemeinheit stellt.

Der Sozialismus ist nicht die fertige Glückseligkeit für die Menschen. Was er der Menschheit wird, wird er durch die Kräfte und durch die nützliche Tätigkeit dieser Menschen. In Deutschland fehlt es zurzeit nicht an Rechten, sondern an Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben.

Die Grundzüge des Bauerschen Programms müssen jeden ehrlichen Sozialdemokraten mit hoher Genugtuung erfüllen: Der politischen Demokratie wird die wirtschaftliche Demokratie hinzugefügt werden.

Die Idee des Kapitalismus ist endgültig verneint, und der Wille zur Sozialisierung klar betont worden. Die Kräfte zernüchternden wilden Streiks und Produktionsverhinderungen werden bekämpft, und alle Sicherungen für den ruhigen Fortgang und Wiederaufschwung der nationalen Produktion werden geschaffen.

Im neuen Staate ist durch den Schatz der unerschöpflichen Arbeitslosen das Recht auf Arbeit ausgesprochen;

aus ihm wird und muß die Pflicht zur Arbeit für die Arbeitsunwilligen folgen.

Der manchesterliche Egoismus der Wirtschaft nach egoistischen Gesichtspunkten wird die Verpflichtung zur Gesamthaltung für die Bedürfnisse des Staates gegenübergestellt.

Diese klare Sprache läßt uns hoffen, daß die Regierung eine rücksichtslos starke Hand zur Durchführung des von Bauer umrissenen Programms zeigen wird.

Nach Bauer ergriff der Reichsminister des Inneren, Hermann Müller, das Wort zu seiner Programmrede. In ihr sprach der entschiedene Wille, mit den alten Gefflogenheiten der deutschen Diplomatie endgültig zu brechen. Die neue Außenpolitik des deutschen Reiches darf nicht, wie das unter der dynastischen Herrschaft verstanden war, sich auf Beziehungen unter den Regierungen beschränken, sondern muß auf ein einigendes Band unter den Völkern selbst hinwirken. Es entspricht dem Wesen der Demokratie und es ist für ein sozialistisch orientiertes Staatsgebilde selbstverständlich, daß der Herrschermille einzelner bei der Entscheidung über die Geschicke des Volkes beiseite gelassen und an seiner Stelle die eigene Aktion des Gesamtvolkes gestellt wird.

Freilich sind die Linien der künftigen Außenpolitik Deutschlands im einzelnen schwer zu zeigen. Wir leben unter dem schweren Druck des uns eben aufgelegten Gewaltfriedens, und es ist ganz unmöglich, auch nur für die nächsten drei Monate die Entwicklung und die für Deutschland offenstehenden Wirkungsmöglichkeiten nach dem Ausland aufzuzeigen. Es ist deswegen verständlich, daß die Müller'sche Rede nur allgemein die nächstliegenden Ziele ins Auge fassen konnte. Wir stehen noch mitten in der Liquidierung des Krieges, und bevor nicht die größten Schäden vom Wege geräumt sind, wird man nicht ins Detail gehen können.

Neben dem Reichswirtschaftsminister ist dem Außenminister das schwierigste Arbeitsgebiet in der nächsten Zukunft Deutschlands zugewiesen. Die Erfüllung der Friedensbedingungen, für die er verantwortlich ist, bedeutet eine riesenarbeit, die nur unter willigster und treuester Mithilfe des gesamten Volkes gelöst werden kann.

Jetzt darf keiner zurückstehen; Resolut die Zähne aufeinandergebissen und die Muskeln angespannt, um das zu leisten, was von uns verlangt werden kann. Jetzt ist nicht Zeit des Jammerns und des Räsonnierens. Jetzt muß gehandelt werden!

Was aus der Neuordnung der Welt werden wird, weiß man weder in Weimar noch in Versailles. Die Erschütterung der Länder durch den vieljährigen Krieg wird noch lange fortdauern und die Versuche, vom grünen Tisch aus die Verhältnisse unter den Völkern neu zu ordnen, sind Sisyphusarbeit. Müller hat einige der schwierigsten Probleme, die russische Frage und die Neuordnung des Balkans, angedeutet, und auch seine freundlichen Worte, die er unseren Bundesgenossen in der Kriegszeit gewidmet hat, zeigten an, wie wenig klar die Zukunft der Außenpolitik vor uns liegt. Aus dieser Gärung, in der die Welt sich noch befindet, wird ein ganz anderes Gebilde entstehen, als es heute die weislichen Weisheiten sich denken. Und unseren Brüdern in den Ost-, Nord- und Westmarchen kann deswegen die Versicherung Müllers, daß wir sie „auch jenseits der Grenze nicht vergessen“ werden, gleichzeitig die Versicherung sein, daß das letzte Wort in ihrer Geschichte noch nicht gesprochen ist.

Damit soll nicht gesagt sein, daß wir durch Gewaltanwendung eine Wenderung der gegenwärtigen Situation erstreben. Das Schwert soll in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr gelten. Die immanente Kräfte der Weltgeschichte werden sich als stärker erweisen, denn aller Menschenwille.

Was wir an der Rede des Genossen Müller vermist haben, ist ein Programm über die notwendige radikale Veränderung und Neuorganisation des Auswärtigen Amtes selbst. Eine freiheitliche republikanische Außenpolitik kann mit diesem vollkommen auf die Bedürfnisse der früheren Geheimdiplomatie eingestellten Apparat nicht geleistet werden. Wir wissen, daß diese Arbeit schwierig ist, aber wir glauben, zu Hermann Müller das Vertrauen haben zu dürfen, daß er sie rücksichtslos durchführt.

Deutschösterreich wird erdroffelt.

Der deutschösterreichische Gesandte Genosse Prof. Dr. Hartmann äußerte sich einem unserer Redakteure gegenüber über die deutschösterreichischen Friedensbedingungen der Entente, soweit sie bisher bekannt sind, wie folgt:

Waren schon die Friedensbedingungen, die Deutschland von der Entente aufgezungen wurden, unerträglich und undurchführbar, so ist das, was dem Kleinstaat Deutschösterreich auferlegt wird, noch weit ärger. Es ist geradezu unverständlich, von was für Vorstellungen die Entente ausgegangen sein mag, denn selbst politische Kinder müssen erkennen, daß für die Entente Bedingungen sich als nutzlos erweisen müssen, die für das Ausbeutungsobjekt den Bankrott und so die Unmöglichkeit irgendwelcher weiterer Leistungen bedeuten.

Man wird sich in Deutschland vielfach der Größe des Unrechts nicht bewußt, das an Deutschösterreich und damit an Deutschland in St. Germain verübt wird. 3 1/2 Millionen Sudeutendischer, die erst singt bei den in der Tschechoslowakei durchgeführten Gemeindevahlen ihre — von den Tschechen hartnäckig gelehnte — selbständige Existenz so nachdrücklich bewiesen haben, sowie die Deutschen Südtirols werden den Begierden der Nachbarvölker einfach als Beute hingeworfen. Nicht viel mehr als die Hälfte der Deutschen, die im ehemaligen Oesterreich lebten, blieben übrig. Die so verringerte Bevölkerung soll alle Lasten tragen, deren Berechtigung die Entente ausschließlich aus der Existenz des früheren Großstaates ableitet. Denn gegenüber der Tatsache, daß das verfallene Deutschösterreich mit seinen sechs Millionen Einwohnern an Kriegsschulden allein 30 Milliarden ausgehört erhält — hiernach würde ohne Berücksichtigung der Vorkriegsschulden und sonstigen Lasten auf die deutschösterreichische Bevölkerung pro Kopf eine Schuldsumme von etwa 5000 Kronen entfallen! —, hat es kaum mehr als ornamentale Bedeutung, daß von diesen Schulden die andern Sukzessionsstaaten mit denen ihnen zugefallenen über 20 Millionen Menschen 1 1/2 Milliarden Franken in Gold tragen sollen. Diese 1 1/2 Milliarden sind einfach das Kompliment, das das Völkchen der Zukunft macht. Denn die Entente kann nicht leugnen, daß die Polen an dem Kriege mit weit größerem Eifer teilnahmen als alle anderen Völker der alten Monarchie und ebenso in der Regierung saßen wie zeitweise die Südslaven. Auch vermag die Entente die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Tschechen durch die Unterzeichnung ihres Vertrauensmannes in der Staatsschulden-Kontrollkommission die Kriegsanleihe gebilligt haben.

Es gibt keinen Juristen, der nicht zugestehen müßte, daß Deutschösterreich mit dem alten Oesterreich nicht identisch ist und daher in keiner anderen Weise für die Passiven des verstorbenen Oesterreichs haftet als die übrigen Sukzessionsstaaten. Das böse Gewissen der Entente läßt sie sogar Deutschösterreich seinen guten Namen nehmen, um die absichtliche Vernechtung zu erleichtern und äußerlich zu

rechtfertigen. Es dürfte wohl zum erstenmal in der Geschichte vorgekommen sein, daß fremde Staaten den Namen eines mit ihnen konkurrierenden Staates zu verändern unternehmen. Man kann nicht behaupten, daß das die Vorgangsweise sei, auf der der normale Verkehr im geschäftlichen und öffentlichen Leben sich aufzubauen pflegt.

Die Art des Vorgehens der Entente tritt noch schärfer in ihrem Streben hervor, zu eigenen Gunsten Deutschösterreich, dem man durch Hypotheken und durch andere Bestimmungen alles wegnimmt und das man überdies wehrlos gemacht hat, in internationale Verwicklungen hineinzudringen. Aus der Konkursmasse Oesterreich-Ungarns werden ihm einige deutsche Landstreifen in Westungarn zugehoben, die allerdings nicht nur kulturell und national, sondern auch wirtschaftlich, besonders für Wien, von großem Werte sind. Es ist bezeichnend für die Absichten der Entente, daß hier für den Anschluß kein Plebiszit verlangt wird, während Deutschösterreich diese Landstreifen nur auf Grund einer Willensäußerung der Bewohner übernehmen will. Mit dieser Form der Angliederung wäre allerdings der Entente nicht gedient; denn sie zielt offenbar darauf ab, einen Zankapfel zwischen der gegenwärtigen und jeder künftigen ungarischen Regierung auf der einen Seite und Deutschösterreich auf der anderen Seite zu werfen.

Noch deutlicher wird diese Tendenz in dem in den Friedensbedingungen festgesetzten Verbot des Exportes und Transites durch Deutschösterreich nach Ungarn. Die Entente hat offenbar keine Ahnung davon, wessen Geschäfte sie damit besorgt. In Wirklichkeit würde diese Bestimmung nur den Bolschewisten innerhalb Deutschösterreichs nützen; denn diese erhielten zweifellos Verstärkung durch alle jene, die sich nicht zum Kampfe gegen die Bolschewisten gebrauchen lassen wollten.

Man könnte noch viel über die Friedensbedingungen sagen. Wer z. B. die von der Entente vorgesehene Südgrenze Deutschösterreichs studiert, wird die Spuren der machiavellistischen Politik, die in Paris getrieben wurde, genau verfolgen können. Wird doch durch die Führung der Grenze zugunsten der Südslaven dem Bundesgenossen Italien eine Lebensader, die Südbahn, unterbunden! Wie aus einem solchen Vertrage Ruhe und Frieden entstehen sollen, ist unverständlich. Wenn die Entente den Glauben an den Völkerbund discreditiert hätte, hätte sie keinen besseren Weg einschlagen können.

„Sozialdemokraten“ über den deutschen Streikwahn.

Eine treffende Beurteilung des deutschen Streikwahns gibt das dänische Arbeiterblatt „Sozialdemokraten“, das sich im Besonderen gegen den Mißbrauch zu politischen Zwecken wendet und die Gefahren eindringlich beleuchtet, die in der zweifelhafte Wirkung dieses Kampfmittels für die Arbeiterschaft liegen. Ein großes Beispiel dafür bilden die in letzter Zeit in Deutschland so häufigen „Sympathiestreiks“, deren unmittelbare Folge eine Verschlechterung der Ernährungs-lage gerade der unheimlichsten Bevölkerung sei. Der Streik sei lediglich das gesetzliche und berechtigte Mittel zur Erzielung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auf politischem Gebiete sei er allenfalls noch zur Erreichung politischer Bürgerrechte zugelassen; darüber hinaus sei er auf politischem Gebiet ein Uebel, dessen Rückschlag bestimmt kommen werde. Der reinpolitische Streik sei nichts weiter als ein Schrittmacher der Reaktion.

Neues zur Geschichte des kommunistischen Manifestes.

Das Dunkel, das bisher über der Vorgeschichte des kommunistischen Manifestes lagerte, hat sich in den letzten Jahren immer mehr aufgehellt. Es ist dies um so mehr zu begrüßen, als sich dadurch auch zeigte, wie sehr das geistige Leben in der vorachtdwanziger Zeit im Kreise der intelligenteren Vertreter der Arbeiter verschiedener Nationalitäten pulsierte. Eduard Bernstein veröffentlichte in den „Grundrissen des Kommunismus“ interessante Dokumente zur Entstehung. Der Marx-Engels-Briefwechsel steuerte dies und jenes zum Thema bei. Auch die letzten Veröffentlichungen Ernst Drahts aus Wetzlar „Demokratisches Taschenbuch“ über die Rundschreiben des kommunistischen Bundes vom November 1846 und Februar 1847 (Nr. 6 der „Neuen Zeit“, abgedruckt im „Vorwärts“ Nr. 232) brachten wesentlich Neues. Sie zeigten, daß das Thema des kommunistischen Manifestes aus dem kommunistischen, resp. aus den Reihen der „Grunder-Demokraten“ kam, und Josef Woll sowohl, wie Karl Schapper, jene beiden Vorstandsmitglieder des Bundes, der eine ein Urmacher, der andere ein Schriftsetzer und Sprachlehrer, an der Abfassung der nachfolgenden Fragen stark beteiligt waren. Freilich es doch in dem Rundschreiben vom November 1846 (s. o.) (Es) ... ist noch keine Einigkeit da, unser Verhältnis zur religiösen Partei, sowie zu der radikalen Bourgeoisie ist noch nicht klar erkannt, ein einfaches kommunistisches Glaubensbekenntnis, das allen zur Richtschnur dienen könnte, noch nicht aufgestellt ... und weiter folgt das Rundschreiben fort:

„Da es höchst notwendig ist, daß alle genau unsere jetzigen Verhältnisse kennen lernen, so erlauben wir Euch, folgende drei Fragen in allen Gemeinden diskutieren zu lassen: Frage 1. Welches ist die Stellung des Proletariats der hohen und niederen Bourgeoisie gegenüber? Ist eine Annäherung an die niedere oder radikale Bourgeoisie von unserer Seite ratsam, und wenn, auf welche Weise ist dieselbe am leichtesten und sichersten zu bewirken? Frage 2. Welches ist die Stellung des Proletariats den verschiedenen Parteien gegenüber? Frage 3. Welches ist unsere Stellung in Beziehung auf die sozialen und kommunistischen Parteien? Ist es wünschenswert und möglich, eine allgemeine Vereinigung aller Sozialisten zustande zu bringen, und wenn, auf welche Weise kann diese Vereinigung am schnellsten und sichersten herbeigeführt werden?“ Drei in nächsten Rundschreiben (Februar 1847) werden noch drei weitere Fragen zur Diskussion aufgeworfen: 1. Was ist Kommunismus und was wollen die Kommunisten? 2. Was ist Sozialismus und was wollen die Sozialisten? 3. Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden?“ So ist also schon hier 1846 und Anfang 1847 das Thema zum „kommunistischen Manifest“ gegeben.

Diese Bestellungen Drahts hat Max Kettlau in der soeben erschienenen Nummer von Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (8. Jahrgang, Schlussheft) noch nicht kennen können. Er geht da in einer sehr interessanten Einleitung und Besprechung der Protokolle der Londoner Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter aus den Jahren 1845 und 1847 auf das Oktober-Protokoll von 1847

ein. Hätte Kettlau die Einleitung aus dem „Demokratischen Taschenbuch“ gekannt, so hätte er sofort gesehen, daß die dort diskutierten Fragen (S. 15—20) Teile der Diskussion sind über die dritte Frage aus dem Rundschreiben vom Februar 1847: „Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden?“ Nun aber die Fragen der Oktober-Diskussion selbst, die wahrscheinlich durch die vorherigen Rundschreiben veranlaßt worden sind. Kettlau bringt sie auf Seite 283 des Archivs; er sagt:

„Es liegen also vor: § 15. Auf welche Weise glaubt Ihr, daß der Uebergang aus der heutigen Gesellschaft in die Gütergemeinschaft zu bewerkstelligen sei? — Die erste Grundbedingung ist die politische Befreiung des Proletariats durch eine demokratische Staatsverfassung (19. 10. 1847). § 18. Wie wollt Ihr die Existenz der Proletarier sicherstellen? — 1. Durch eine solche Beschränkung des Privateigentums, die eine allmähliche Verwandlung in gesellschaftliche vorbereitet, z. B. progressive Steuern, Beschränkung des Erbrechts usw. 2. Durch Beschäftigung der Arbeiter in Nationalwerkstätten und auf Staatsgütern. 3. Durch Erziehung sämtlicher Kinder auf Staatskosten. (20. 4.) § 19. Wie werdet Ihr es in der Uebergangsperiode mit der Erziehung der Kinder einrichten? — Sämtliche Kinder werden von dem Zeitpunkt an, wo sie die ersten mütterlichen Pflichten übernehmen können, in Staatsanstalten erzogen und unterrichtet (2. 11.). § 20. Wird mit der Aufhebung des Privateigentums nicht zugleich die Weibergemeinschaft proklamiert werden? — Keineswegs. Wir werden uns in das Privatverhältnis zwischen Mann und Frau, und überhaupt in der Familie, nur insoweit einmischen, als die neue gesellschaftliche Ordnung dadurch gestört würde. Im übrigen wissen wir sehr gut, daß das Familienverhältnis im Laufe der Geschichte, mit dem Eigentums- und Entwicklungsperioden, Modifikationen erlitten hat und daß auch die Aufhebung des Privateigentums den bedeutenden Einfluß darauf haben wird. (23. 11.). Die Diskussion wurde nach dieser Zusammenkunft nicht weiter fortgesetzt, da der Beschluß gefaßt wurde, das Manifest abfassen zu lassen.“

Die weiteren Schlussfolgerungen Kettlaus, daß also das „kommunistische Manifest“ in der Frageform von Engels „Grundrissen“ durch diese Diskussionen beeinflusst wurde, sind somit eigentlich nur eine Bestätigung des Ergebnisses früherer Forschungen. Natürlich bleibt Marx-Engels stets das entscheidende Verbleib, das „kommunistische Manifest“ in Inhalt und Form in seiner bestehenden Eigenart gefaßt zu haben, ohne daß dadurch die wichtige Arbeit jener Mitglieder des kommunistischen Bundes und des Arbeiterbildungsvereins durch Stellung der Fragen und Beteiligung an ihrer Diskussion in den Schatten gestellt wurde. Vielmehr wird allen Beteiligten durch die Geschichte ein ehrendes Zeugnis erteilt.

Uebrigens sind auch die weiteren kleinen Protokollauszüge Kettlaus interessant, so z. B. daß die Druckkosten des Manifestes aus der Gesellschaftskasse vorgeschossen wurden (20. 2. 48), ebenso seine Vermutung, daß die erste Auflage etwa 1000 Exemplare stark gewesen sein dürfte. Erwähnt sei noch, daß Kettlau aus dem Londoner Protokoll von Ende 1847 noch

einige Reden von Marx und Engels mittelst, Auslassungen von Marx zu den Klassenkämpfen der großen französischen Revolution und zur Kritik der Religion und des Kultus des Christentums, und, ausführlicher gefaßt, eine Rede von Engels über die Einleitung Amerikas.

Notizen.

Der Würzburger Studententag nahm die Beiträge über die Neugestaltung des Hochschulunterrichts (Vorwärts Nr. 265) mit starker Mehrheit an. Mehrere Redner forderten, im Widerspruch zu dem Referenten, die Wirkung der Studenten bei der Verulung der Dozenten. Eine Entschlieung, die die Bestrebung auf Schöpfung eines Reichskulturamtes unterstüzt und von Technischen Hochschulen eingebracht wurde, nahm die Verammlung gegen eine starke Widerheit, hauptsächlich aus Süddeutschland, an. Ein Zulammenkühler der Kreisleitendenverbände aller deutschen Universitäten wurde angeregt. Der dritte Verhandlungstag brachte eine Aussprache über die soziale Arbeit der Studentenschaft. Dr. Sonnenstein (M.-Glöckach) brachte die gesamte Einstellung der Studentenschaft zum Volle freimülig zur Sprache. Seit den Tagen der Vorkriegsjahre der 40er Jahre hätten die Studenten die Verbindung zum Volle im Ganzen verloren. Die Einheitschule bedeute einen der wichtigsten Wege zur Durchbrechung dieser Isolation. Heute hätten die Akademiker die Achtung, mindestens das Vertrauen des Proletariats verloren. Jurdereobeten könnten sie sich dieses Vertrauen nicht durch ein rein intellektuelles Volkshilfsbestreben, sondern nur durch eine neue ethischpädagogische Einstellung. Der Student müsse sich zum Gefühl der Volksgemeinschaft erst erziehen. Die Allgemeinen Studentenaussschüsse könnten die verschieden gesunkenen sozialen tätigen Gruppen auf dem gemeinsamen Boden der Aussprache und eines gewissen Maßes gemeinschaftlicher Propaganda zusammenfassen. Die Rede machte tiefen Eindruck und beherrschte die Aussprache.

Zwischen dem S. 1919 und dem S. 1920 soll ein Wintersemester und ein Zwischensemester stattfinden, deren Weibensfolge den einzelnen Hochschulen zu überlassen ist. Der Verfassungsentwurf für die Einheitsorganisation wurde ohne weiteres angenommen. Als Vorort für das erste Jahr wurde Göttingen gewählt. In der Ausländerfrage fand sich gegen bestanden Widerspruch eine Mehrheit für eine Reihe von Vorläufen, die das Studium der Ausländer zum Teil weitgehend einschränken wollen. Die weitere Bearbeitung der Frage wurde zwei besonders tragenden Studentenschaften (Universität Graz und Handelshochschule Leipzig) übertragen.

Theater. Das Volkstheater wird Stefan Zweigs dramatische Szenen „Jeremias“ noch in diesem Jahre aufzuführen. Die Dichtung, in der Individuum und Masse tragisch gegeneinander gelehrt sind, wurde wegen ihrer pazifistischen Lösung während des Krieges von der Zensur verboten.

Susanne Desjair, die seit Jahren schon nicht mehr öffentlich singt, ist jetzt in der Reihe der 60jährigen aufgeführt. Ihre künstlerischen Leistungen sind untergefallen. Sie ist eine der bedeutendsten Schillerinnen der Amalie Joachim, ihr Sopran ist von einer saggelich geforgenehenden Weichheit, ihr Vortrag voller Leben und Gemüt. Ihre literarischen Kenntnisse in Bezug auf die Komposition alter Volkslieder und Kinderweisen legte sie in dem vornehmlichen Desjair-Wort nieder.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedspruch im Holzgewerbe abgelehnt. Lohnkämpfe in Aussicht.

In den Tarifverhandlungen im Holzgewerbe, über die wir kürzlich berichtet haben, wird noch geschwieben: Es handelt sich bei diesen Verhandlungen um den Abschluß eines Reichs-Tarifvertrages. Der Entwurf für diesen Vertrag ist den Unternehmern bereits im März d. J. zugestellt worden und es wurde wiederholt über ihn verhandelt, ohne daß es möglich gewesen wäre, zu einem Resultat zu gelangen. Auch bei den Verhandlungen in Nürnberg waren die Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen noch sehr beträchtlich, zum Bruch führte aber die Tatsache, daß die Unternehmer in der Lohnfrage keinerlei Zugeständnisse machen wollten; sie lehnten jede neue Lohnherabsetzung ab, so daß schließlich der vom Reichsarbeitsministerium als Leiter der Verhandlungen bestellte Dr. Schneider, der Leiter der Demobilisierungsstelle Nordbozener, das Scheitern der Verhandlungen konstatieren konnte.

Der amtliche Bericht über diese Verhandlungen veranlaßte das Reichsarbeitsministerium, doch noch einen Versuch zu einer Verständigung zu unternehmen. Die Arbeitgeber hatten erklärt, daß die Frage der Arbeitszeit für sie von ausschlaggebender Bedeutung sei. Sie hatten bereits in Nürnberg vorgezogen, diese Frage einem vom Reichsarbeitsministerium zu fallenden Schiedsgericht zu unterbreiten. Wenn dieser vorliege, wollten sie über die weiteren künftigen Fragen verhandeln. Die Arbeitervertreter lehnten einen Schiedspruch über die Arbeitszeit nicht ab, sie wollten aber nicht wieder nach Nürnberg gekommen sein. Ihr Vorschlag ging dahin, über alle anderen Fragen zu verhandeln und nach deren Erledigung über die Arbeitszeit durch Schiedspruch entscheiden zu lassen. Wenn die Unternehmer schließlich auch auf diesen Vorschlag eingingen, so zeigte ihr Verhalten doch, daß sie an den Verhandlungen, die auf ihr Verlangen in Nürnberg geführt wurden, kein Interesse mehr hatten. So kam es schließlich zum Bruch.

Mit der Anregung des Reichsarbeitsministeriums, die abgebrochenen Verhandlungen durch die Fällung eines Schiedspruches über die Arbeitszeit wieder in Fluß zu bringen, wurde also einem Wunsche der Unternehmer entsprochen. Die Arbeitervertreter hatten keinen Grund, der Einladung auszuweichen. Das Schiedsgericht trat also am Montag, 21. Juli, unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Wulf, als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums zusammen. Nach Anhörung der Parteien und längerer Beratung erklärte das Schiedsgericht durch den Mund seines Vorsitzenden, daß es aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen die Forderung der Arbeiter hinsichtlich der Arbeitszeit für berechtigt halte. Dementsprechend lautete der Schiedspruch:

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 8 Stunden an jedem Werktag und darf dieses Höchstmaß nicht überschreiten. Am Sonnabend beträgt die Arbeitszeit in den Orten der ersten und zweiten Tarifklasse 6 Stunden, der dritten und vierten Tarifklasse 7 Stunden. Hiernach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in den

legte Versuch, zu einer Verständigung zu kommen, fehlgeschlagen.

Seit Monaten sind die Arbeiter eingehalten worden; der Arbeitgeber-Schutzbund für das deutsche Holzgewerbe, der seinen guten Willen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages so oft beteuert hat, hat sich als unfähig erwiesen, ein solches Vertragswerk zustande zu bringen. Das Scheitern der zentralen Verhandlungen bedeutet natürlich nicht, daß die Arbeiter nunmehr auf die Durchführung ihrer Forderungen verzichten. Nur im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen haben sie sich bisher zurückhalten lassen. Nun ist diese Hemmung beseitigt und man wird bald von einer lebhaften Lohnbewegung der Holzarbeiter in den verschiedensten Teilen des Reiches hören. Die davon betroffenen Unternehmer können sich beim Arbeitgeber-Schutzbunde bedanken, der sich als unfähig erwiesen hat, das Gewerbe vor solchen Erschütterungen zu bewahren.

Krise in den Tarifverhandlungen der Metallindustrie-angestellten.

Die paritätische Kommission tagte gestern nachmittag im Siemenshaus. Gleich bei Beginn der Verhandlungen verlangten die Arbeitnehmer, daß die von den Arbeitgebern geforderte Klassifizierung der Angestellten nach ihrer Vorbildung fallen gelassen werde und daß die Arbeitgeber ein Angebot für den Mindestlohn machen, der über den Schiedspruch vom 8. April d. J. hinausgehe. Demgegenüber erklärten die Arbeitgeber, daß sie darauf bestehen müßten, die Bezahlung eines Angestellten nicht nur nach seiner Leistung, sondern auch nach seiner Vorbildung bemessen zu müssen. Mehr als 800 M. einschließlich Weihnachtsgabe und aller sonstigen Zulagen könnten sie einem 20jährigen männlichen Angestellten nicht zahlen. Die Vertreter der Angestellten brachen darauf die Verhandlungen ab.

Heute nachmittag 5 Uhr findet eine Versammlung der Obleute der Metallindustrie im Nordischen Hof, Invalidenstr. 128, statt. Diese wird zu der veränderten Sachlage Stellung nehmen.

Konflikt in den Siemenswerken.

In einigen Werken der Siemensfirmen wurde am Sonnabend eine Bekanntmachung der Betriebsleitung, die auf vielfache Anfragen mittelste, daß die Werke der Firmen am Montag, den 21. d. M., wie gewöhnlich zur Arbeit geordnet wären, von einigen Arbeitern von den Anschlagbrettern heruntergerissen, trotzdem der Arbeiterschaft bei früherer Gelegenheit mitgeteilt war, daß das selbständige Abnehmen von Bekanntmachungen usw. nicht gestattet sei. Diese Personen wurden deshalb sofort entlassen. Die Arbeiterschaft trat am Mittwoch aus diesem Grunde in passive Resistenz. Von der Betriebsleitung wurden die Arbeiter aufgefordert, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie fristlos entlassen würden.

Lohnbewegung in der Kravattenfabrikation.

Eine stark besuchte Versammlung der in der Kravattenfabrikation beschäftigten Betriebs- und Heimarbeiterinnen, die am 22. Juli tagte, nahm den Bericht der Lohnkommission über den eingereichten Tarifvertragsentwurf und den ausgearbeiteten Affordolohnentwurf entgegen. Der Referent Weider legte dar, daß die Forderungen für Heimarbeiterinnen bez. des Affordolohns aufgegeben seien auf Grundlage der für die Herstellung der Kravatten erforderlichen Arbeitszeit unter Berücksichtigung der für die Betriebsarbeiterinnen geforderten Zeitzölne. Zum Ausdruck mußte gebracht werden, daß die Heimarbeiterinnen bei gleicher Arbeitsleistung den gleichen Lohn zu erhalten haben und ihnen die Betriebskosten in Form eines Zuschlags ersetzt werden müßten. Auch müsse mit dem bisherigen System der Beschäftigung von Vorarbeiterinnen durch Heimarbeiterinnen gebrochen werden. Die Fabrikanten müßten dazu übergehen, die Vorarbeit an Kravatten selbst herstellen zu lassen, damit nicht die eine Arbeiterin noch durch eine andere aus-

gedeutet werde. Betriebsarbeiterinnen sollen nach Geschäftsführung Arbeit nicht mehr mit nach Hause nehmen dürfen, wie auch Heimarbeiterinnen nur das gleiche Arbeitsquantum zuzuführen habe wie den Betriebsarbeiterinnen. Nachdem der Referent noch die Aufstellung des Affordolohnentwurfs erläutert hatte, drückte er sein Bedauern darüber aus, daß die Fabrikantenorganisation, der die Forderungen bereits am 27. Juni zugestellt worden seien, noch zu keinen Verhandlungen kommen konnte. — Folgende Entschließung wurde angenommen:

„Die Versammlung bedauert sehr, daß die Fabrikantenorganisation noch nicht zu Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation gekommen ist. Die Versammlung erwartet, daß die Verhandlungen noch vor Ende dieses Monats stattfinden und beauftragt die Organisationsleitung, zur gegebenen Zeit die Kollegen und Kolleginnen zur weiteren Entscheidung zusammenzurufen.“

Tarifbewegung der Ensemblemister.

Die am Mittwoch stattgehabte Versammlung der Vertrauensleute der Ensemblemister im Kaffeehausgewerbe erklärte, die Tarifvorschläge und die weiteren Vorschläge des Berliner Cafetiervereins, insofern sie unseren Forderungen entgegenstehen, aus folgenden Gründen ablehnen zu müssen: Die Cafetiers wollen uns als Arbeiter, nicht aber als Angestellte betrachten, um unsere berechtigten tariflichen und sozialen Forderungen nicht bewilligen zu lassen. Wir Musiker, nach der Gewerbeordnung nicht als Arbeiter angesehen, aber nach dem Reichsversicherungsgezet als Angestellte bezeichnet, sind künstlerisch, ja politisch tätige Angestellte im Kaffeehausgewerbe. Unsere tariflichen Forderungen müssen wir aufrecht erhalten, weil in denselben nicht nur die Bezahlung persönlicher Leistungen, sondern noch die Materialstellung (teure Musikinstrumente, Reparaturen und Abnutzung) mit einbegriffen ist. Der sechsstündige Arbeitstag ist für uns Musiker, die wir in den rauchigen Räumen der Cafés nebenanstrengende Arbeit leisten müssen, die Höchstleistung, wollen wir nicht frühzeitig zugrunde gehen. In Krankheitsfällen muß und in den ersten 14 Tagen die volle, in den zweiten 14 Tagen die halbe Löhne gewährt werden, sollen wir nicht verelenden und verfaulen. Die monatliche Kündigung als kürzeste Frist ist notwendig, um den ewigen Engagementswechsel und die Erwerbslosigkeit endlich einmal in erträgliche Bahnen zu lenken. Die Einsicht der Kaffeehausbesitzer, daß unsere Arbeitgeber sind, kommt spät genug; Arbeitgeber kann nur der Betriebsinhaber sein, niemals der Ensembleleiter. Um auch den letzten Weg zur Einigung, zur Verständigung mit den Kaffeehausbesitzern nicht unversucht zu lassen, treten wir vorläufig noch nicht in einen Streik ein, sondern rufen die Vermittlung des Reichsarbeitsamts an.

Wachgruppe 3 b (Heeresbetriebe). Die Angestellten, deren Angestelltenanhaltsscheine die Schreien Nr. 1/7, 19 bis Nr. 3/7, 19, vom 21. 7. 19 des Stabener-Ausschusses nicht erhalten haben oder nicht bekannt gemacht haben, wollen sich unter genauer Angabe ihrer Anschrift (auch Telefon) an Stabener-Ausschuh-Kollegen Eugen Link, Inhabentur des Militärverkehrtwafens, Berlin, Belle-Alliance-Str. 16, II, Zimmer 20, wenden.

Verband der Maler. Donnerstag, den 24. Juli, abends 7^{1/2} Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Maler-Verammlung: Wahl eines ersten Vorsitzenden. Bericht von der Verbands-Generalversammlung.

Jugendveranstaltungen.

Das Jugendsekretariat, Bellevuestraße 7, erteilt kostenlos Rat in allen Jugendangelegenheiten. Weibet jeden Versuch gegen die Arbeitsbeschaffung.

Soz. Jugendverein Groß-Viktoriafeld. Kalkgasse, Ringstraße 12. Heute, Vortrag: Die Entdeckung des Proletariats.

Verantwortlich für Politik: Viktor Rieker, Charakterkunde, für den Uhrigen Teil des Vortrages: Alfred Scholz, Ruckeln; für Angewandte: Theodor Wied, Berlin. Vortrag: Formel-Bertrag S. m. b. H. Berlin. Druck: Formel-Bertrag-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Stern 2. Brüggern.

HERMANN

Möbelstoffe	Sowelt Vorrat:	Tischdecken	Sowelt Vorrat:
Dekorations-Stoff	blaugemustert, ca. 130 cm breit ... Meter	Velvet Moquette	persisch gemustert 100/170 cm
Fantasie- und Spannstoff	helle Blumenmuster, ca. 130 cm breit ... Meter	Filzdecken	in verschiedenen 130/130 39 ⁰⁰ 140/140 58 ⁵⁰ 175/175 75 ⁰⁰
Leinenplüsch und Velvet	verschiedene Farben, ca. 130 cm breit ... Meter	Tischdecken	Jute mit Bronze 130/130 25 ⁰⁰ 150/150 32 ⁰⁰ 170/170 42 ⁰⁰
Gobelin - Stoffe	dunkle Muster, ca. 130 cm breit ... Meter	Fantasiedecken 130/130 42 ⁰⁰ 170/170 71 ⁰⁰

Vorhänge, 130x300 cm	heller Grund mit Blumenmuster	glatter Grund mit Blumenmuster, hellgestreift, für Schlafzimmer	Plüsch gestreift und Velvet-Moquette, persisch gemustert
sehr geeignet zu			
Diwanddecken	73 ⁰⁰ 90 ⁰⁰	71 ⁰⁰ 91 ⁰⁰	163 ⁰⁰ 207 ⁰⁰

Können Augengläser Schaden?



Kur, wenn sie schief sitzen, nicht passen, verkratzt oder schlechter Qualität sind.

Ein schief hängendes Bild ist den meisten Menschen ein Grauel; aber wenn ihre Gläser in unangemessener Stellung vor den Augen sitzen, so finden sie nichts dabei. Doch leiden darunter die Augen sehr. Weist wird dadurch Ermüdung und Nervosität begünstigt. Sogar die Gläser schlecht, so ist dies ebenso nachteilig, als wenn sie schlecht passen. Aber häßlich und schädlich sind auch veraltete Gläser, die nicht mehr passen und schief sitzen.

Wir haben elegante, fest und gut sitzende Augengläser, deren Stellung vor den Augen

wir Ihnen ebenso genau anpassen, wie die Gläser, die wir Ihnen auf Grund sorgfältiger Untersuchung fertigen.

Wesentlich genügt es schon, wenn Sie sich ein Paar neue, punktuell abbildende Punktgläser oder unsere guten Sonofopgläser in Ihre alte Fassung setzen lassen. Wir richten Ihnen dann das Gestell, wenn irgend möglich, genau gerade und sorgen gewissenhaft für schönen Sitz und für die Haltbarkeit der Fassung.

Ihr Augenarzt ist unerlässlich. Bringen Sie es nicht in Gefahr, nur um eine kleine Ausgabe für neue Gläser zu erzipen, sondern



Optiker Ruhnke 20 Geschäfte

G. Spittelmarkt, Ecke Ballhofstraße	W. Leipziger Str. 152, Ecke Mauerstraße	N. Chausseestraße 72, Invalidenstr. 164, Ecke Blumenstraße	Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz	Charlottenburg: Tannengartenstraße 13, Ecke Warburger Straße	Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.
V. Wilhelmstr. 10, nahe Warndorfer Markt	SW. Friebrichstr. 180a, Ecke Leipziger Straße	SW. Friebrichstr. 150, Invalidenstr. 164, Ecke Dorstenerstraße	Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Reichstr. gegenüber der Kaiser-Eiche	Wilmersdorf: Berliner Str. 132/33, an der Uhlandstr.	Spandau: Breite Str. 18.
SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz	SW. Friebrichstr. 106, Ecke Hegelstr.				

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unsere Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Verzeichnisse.

Groß-Berlin

Zum schwarzen Montag.

„Organisiert“. Unter den vielen empörten Arbeitern, die uns Briefe voll Zorn und Schmerz über die Vorgänge vom Montag schickten, sind manche, die in ihrem Leben voll schwerer Arbeit wenig Gelegenheit hatten, die kümmerlichen Rechtschreibkenntnisse aus einer unzureichenden Schule zu erweitern. Einer dieser braven Genossen schrieb: „Sind das noch organisierte Arbeiter?“ Unwillkürlich hat er eine kleine Wahrheit durch einen Schreibfehler ausgesprochen. Ja, organisiert sind sie, von denen so viele nicht organisiert waren, der Dorian dieser fünf Jahre hat ihren Geist beeinflusst, so wie manche Zeitschriften in ähnlichen Ländern den Jöden nicht vertragen. Unter dem Druck des Dorian taumeln sie unbewußt hinter der blutigen Fährte jener Schwärzen einher, die die Verzweiflung, die schwere Not der Zeit, die schwere Zeit der Not für ihre verbrecherischen Reigungen ausnutzen. Organisiert sind sie und ihr Wirken ist ein Dorian, der alles und damit sie selbst vernichtet.

In partibus infidelium. Als die Kirche Petri noch jung und werbelustig war, ernannte sie freibleibende Priester zu Bischöfen mit Amisgen mitten in den Ländern der Ungläubigen. Die sollten sie sich erst erkämpfen mit der Waffe des heiligen Wortes, wie jener Bonifacius, der die heidnischen Deutschen bekehrte, wie Cyril und Method, die die Sibirischen tauchten, wie so viele andere Sendboten des Kreuzes. In partibus infidelium entsandt waren auch die Genossen, die am Montag reden sollten. Sie stonden beulenden Kohorten gegenüber, die soviel Angst vor ihren Worten hatten, daß sie sie nicht reden ließen — wie etwa die Clemenceau, Lloyd George und der alte eifrige Wilson vor den Gränden der Deutschen aus dem Reich und aus Westreich. Aber so wenig die Pfeile der Heiden gegen den Märtyrer Sebalbus die Ausbreitung seiner Lehre hinderten, so wenig wird das Geschrei der Vierfeldschmeißer hindern, daß die Dämmerung naht. Wir in Berlin haben jetzt das nicht abfolut und überall gültige Wort einer Schillerfigur auf unserer Seite: „Reinheit ist Unsinn, Verstand ist Feind bei den Völkern nur gewesen.“ — a.

Gewerkschaftshaus. Eine auch uns zugegangene Zuschrift an die „Freiheit“ sagt, die schändlichen Ereignisse im Gewerkschaftshaus hätten ihren Ausgang daher genommen, daß ein Kommunist, der in dem Lärm zur Ruhe mahnen wollte, vom Podium heruntergeschoben worden sei. Damit wird zugestanden, doch schon vorher gebilligt wurde, jedenfalls doch um die Leitung der Versammlung den Einberufern zu entreißen und um den Referenten nicht reden zu lassen. Dielem war das Wort erteilt und es hatte also nach der Gewohnheit zivilisierter Menschen kein anderer Versammlungsteilnehmer zu reden, auch nicht jener „Mahnredner“, der übrigens nach uns gewordenen Mitteilungen damit begann, daß die S. P. D. kein Recht habe, eine solche Kundgebung gegen den Gewaltfrieden zu veranstalten und daß man nun aus dieser Versammlung eine internationale machen wolle (sowas hat er die dazu nötigen Ententeproletarier in der Tasche mitgebracht). Aber nehmen wir selbst an, der Mann hätte zur Ruhe gemahnt und wäre darauf wirklich das einen ganzen Schritt hohe Podium heruntergeschoben worden — erhält damit irgend jemand das Recht zum Mordverbot durch Vierfeldschmeißer?

Es wird uns noch von alten Parteigenossen mitgeteilt, daß ein Herr im Saal neben sich eine ganze Batterie Biergläser aufgestellt hatte und auf einen Pfiff begann, sie zu schmeißen.

Alles vorher abgemacht! Man berichtet uns, daß schon am Sonnabend in der Vorversammlung der Unzufriedenen K. und S. Mite zwei anscheinend arbeitslose Unabhängige sich darüber unterhielten, ob man zu der beschlossenen Sprengerei nach der Greifswalder- oder der Andreaskirche gehen solle!

Weiter wird uns mitgeteilt: In der U. S. P. Versammlung am Montagmittag auf den Reptomer Spielwiesen forderte der Redner einer Gruppe — leider ist der Name des Einberufern nicht bekannt — am Schluß unter Hinweis auf das Kasse-Verbot und den Umstand, daß durch die getrennten Kundgebungen der U. S. P. und S. P. D.

eine Klage dem Ausland gegenüber zu befürchten sei — welche Gesundheit — die Anwesenden auf in der Versammlung bei Allen in der Gefahrenhöhe so zahlreich und früh als möglich zu erscheinen, um die Leitung an sich zu reißen und sie in ihrem Sinne abzuhalten. Keine Zustimmung erteilte. Die Sprengungsparole ist also offiziell in den U. S. P. Versammlungen ausgegeben worden.

Charlottenburg. Ein Parteigenosse schreibt uns: Nachdem im Kassenverbot wie überall die Protestversammlung der S. P. D. mit den schädlichsten Mitteln gesprengt und eine U. S. P. Versammlung eröffnet war, konnte man sehen, wie die in den Parteien versetzte Versammlung gegen den Gewaltfrieden „appoyierte“. Nach den üblichen Beschimpfungen der Regierung gingen die Redner der Kommunisten scharf gegen die U. S. P. Leute vor, auch Hoofe kam schlecht dabei weg. Wenn der Hauptredner der Kommunisten auch wirklich nicht nach dem „Kassenverbot“ von dem er so oft sprach, ausfiel — war es doch ein sehr „feines Herrchen“ — so war es widerlich dem U. S. P. Redner zuzuhören, wie speichelnd er sich an die in der Rederei anwesenden Kommunisten wandte und ihnen immer wieder versicherte, daß sie ebenso revolutionär, ja daß sie es seien. — Derselbe U. S. P.

zurück ihm das Weiterreden unmöglich. Unter Lärm und wilden Schimpfeien verließen die Redner den Saal, — aber der gewünschte Erfolg blieb aus. Zwei Drittel der Besucher folgten ihnen nicht. Der Referent widerlegte die Ausführungen jener Herren. Mit einem Hoch auf den Weltsozialismus wurde die Versammlung geschlossen.

Vor der Kohlenkatastrophe.

Die Lage unserer Kohlenversorgung ist äußerst beängstigend. Eine Aussicht auf Besserung für den Rest des Jahres besteht kaum. Daher hat die Versorgung der wichtigsten Verbrauchsstellen in beängstigender Weise nachgelassen. In diesem Jahre haben die Eisenbahnen nur einen Bestand, der knapp hinreicht, ihr Existenzminimum zu decken. — Auch die Gaswerke haben keinerlei Vorräte. Die Berliner Gasanstalten mit einem monatlichen Verbrauch von 180 000 Tonnen Kohle hatten im Juli 1918 einen Bestand von 150 000 Tonnen, jetzt nur 35 000 Tonnen. Die 40 größten Gasanstalten ohne Groß-Berlin hatten im Vorjahre einen Bestand von 230 000 Tonnen gegen jetzt nur 60 000 Tonnen. Dazu kommt im Herbst die Zeit des Wagenmangels und der Streckensperrung auf der Eisenbahn! In der Hausbrandversorgung, einschließlich Landwirtschaft und Kleingewerbe sind schon jetzt so große Ausfälle vorhanden, daß ein Ausgleich mit den vorhandenen Kohlenmengen unmöglich ist. Die Befriedigung des ländlichen Bedarfs ist nicht gelungen. Infolgedessen haben viele Volksteile im Osten ihren Betrieb einstellen müssen, auch sind große Mengen von Getreide noch nicht ausgedröschen. — In der Industrie können nur die allerwichtigsten Betriebe einigermaßen ihre Mengen Kohle erhalten. Die Infolge der immer neu ausbrechenden Streiks zur Behebung der dringenden Notstände erforderliche werdenden Umstellungen gehen auf Kosten der Industrieversorgung. Bei all dem ist die Wirkung des Friedensvertrages auf unsere Kohlenversorgung noch nicht berücksichtigt. Von einer Gesamtförderung von 100 Millionen Tonnen sollen wir nur 40 Millionen Tonnen dem Auslande liefern! — Diese traurige Lage wird durch jeden Streik weiter verschlechtert. Die Streiks richten sich nicht mehr gegen den Unternehmer, sondern gegen die Bevölkerung selbst. Frauen, Kinder und Kranke werden darunter im kommenden Winter hart zu leiden haben. Die Versorgung der Industrie mit elektrischer Kraft wird nicht aufrechterhalten werden können, wodurch der Arbeiterkampf großer Industriezweige Arbeits- und Verdienstlosigkeit droht. Durch die schlechte Versorgung der Eisenbahnen werden neue Einschränkungen des Verkehrs notwendig, worunter die rechtzeitige und gleichmäßige Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu leiden hat. Einseitige Arbeitslosigkeit und Verringerung der Produktion auf Kosten der Arbeiterschaft und auf Kosten der gesamten Bevölkerung ist die unausweichliche Folge, wenn sich die vernünftige Arbeiterschaft nicht endlich aufrafft.

Arbeitsaufnahme in den Versorgungsämtern.

In der am Mittwoch stattgehabten Versammlung im „Nationalhof“, Willowsitz, kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Fortsetzung der Arbeitsüberlegung. Auf die Mitteilung, daß Unterstaatssekretär Gresselt soeben telephonisch die bestimmte Versicherung gegeben habe, daß jeder Einzelne wieder eingestellt werden muß, daß die Angestellten des Versorgungsamtes keine Soldaten sind (der ganze Streik ging ja davon aus, daß die Angestellten gezwungen werden sollten, einen Geländeschein für die Reichswehr zu unterschreiben), wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wilmerdorf hilft den Kriegsbekämpften.

In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch ließ der Magistrat durch den neuen Stadtrat Rieman (Soz.) erklären, daß die Stadt künftig den Kriegsbekämpften wie folgt entgegenkommen werde: Alle über 50 Proz. Kriegsbekämpften erhalten monatlich 200 Gramm Nahrungsmittel extra, die Kosten zum Selbstkostenpreis, für Schwerbeschädigte bei freier Anfuhr. Bei Anstellung von Hilfskräften sollen die Kriegsbekämpften in erster Linie berücksichtigt werden. Auch bezüglich der Gemeindesteuern werden sie das größtmögliche Entgegenkommen erfahren. Ferner teilte der Magistrat mit, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ihre zahlreichen Bureaus vom Hohenzollern-damm in Baracken verlegen werde, wodurch am 1. Oktober etwa 60 Kleinwohnungen frei würden, welche der Magistrat inauflegen und in erster Linie Kriegsbekämpften zur Verfügung stellen

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für August bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H.

Redner zeigte aber wenig Mut, indem er, als Soldaten erschienen, erklärte, das wäre die S. P. D. Versammlung, trotzdem er selbst vorher sie als U. S. P. Versammlung eröffnet habe und die S. P. D. Mitglieder längst die Versammlung verlassen hätten. Die Rederei der Versammlungsteilnehmer der U. S. P. und S. P. hatten schon das Gasenpanier ergriffen, als nur ein Soldat vor der Tür sich zeigte.

Es geht auch anders!

Aus Bernau, wo man den Klassenkampf noch nicht mit Biergläsern und Stuhlbeinen führt, wird uns berichtet: Die am 21. Juli abends im Rest. Bellevue von der S. P. D. abgehaltene öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Gegen den Gewaltfrieden, für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, für die Völkerverbrüderung!“ war auch von den Unabhängigen und Kommunisten besucht. Der Referent, Gen. Scheffler, hielt einen einflussigen Vortrag und hob unter lebhaftem Beifall hervor, daß der Kampf gegen die Reaktion gemeinsam geführt werden müsse; um aber der Reaktion das Rückgrat zu brechen, ist es notwendig, alles hinwegzuräumen, was hindert im Wege steht; um dies zu erreichen, gehöre nicht nur die Internationale, sondern auch die Völkerverbrüderung im Lande, die Einigkeit des Proletariats. In seinen weiteren Ausführungen wurde der Referent durch wüste Zwischenrufe der Linksradikalen unterbrochen, welche der Referent schlagfertig abfertigte. In der Diskussion meldeten sich mehrere U. S. P. Diese waren aus den Vororten Jepernitz, Buch und so weiter mit ihren Anhängern gekommen, offenbar, um die Versammlung zu sprengen, was ihnen nicht gelang. Es wurde ihnen vollste Redefreiheit gewährt, aber allen kam es mehr darauf an, die S. P. D. herunterzureißen, den Referenten zu diskreditieren, als sachlich zu bleiben. Als Genosse Sasse jenen Herren treffend die Wahrheit sagte, machten sie durch lärmende

man auch nicht mehr die Armeelieber! Jawohl, die Armeelieber!

Und nun scheint dieser armselige Sumpfenwäcker zur Klarheit seiner Gedanken gelangt zu sein. Er bleibt stehen, er ist ganz verflärt. Er rollt in dem düster und ausgemergelten Gesicht seine Don-Durichote-Augen, und er ruft aus: „Ich, ich denk immer an etwas Bestimmtes! Nun, Sie werden mich fragen, woran denn? Nun, ich bin Mitglied von der Patriotenliga!“

Seine Augen leuchten im Winde auf wie zwei Brandraketen, die in die Nacht hineinschießen. Er schreit: „Dérroulède, das ist mein Mann, jawohl, das ist mein Gott!“

Petroff spricht laut. Er fuhr vor mit den Armen herum. Vor seinem Götzenbilde, dem er mit seiner Ragerkeit und mit seinen beweglichen Armen ein wenig ähnelt, macht er weit ausschulternde Bewegungen. Er pflanzt seinen Schatten mitten in die flüchtige Landstraße hinein, aus der seine aufschlappende Sohle den Schlamm austrinkt. Sein Schatten, der darauf festgewurzelt ist, greift nach den Flügeln des ausgefranzten Rocks. Er sagt: „Dérroulède, ja, der will den Krieg! Der will Afrik-Vorbringen. Ja, das will er und nichts anderes sonst. Ja, darauf kommt alles an! Die Vöcher müssen vom Erdboden verschwinden, oder wir müssen verschwinden! Ja, wenn mich einer in Politik fragt, so sag ich nur: Bist Du für Dérroulède oder nicht? das genügt. Bin dumm geboren und hab nicht dazu lernen können. Weiß auch fast nichts, finde nur, daß es schön ist, daran immer zu denken! Jawohl, Kampfpapier bin ich bloß, aber auch Reservereidewebel, fast Offizier!“

Er erzählt, daß er seine hohe Bewunderung für Dérroulède empfing, als der Mann ihm einmal bei einem patriotischen Feste angesprochen hatte. Mit schweren Schreien und Bewegungen erzählt er, denn der Wind pfeift über das Feld: „Erst hat Paul Dérroulède zu allen Lebigen gesprochen, dann zu mir ganz allein. Er hat ganz dicht vor mir gestanden, so wie Sie jetzt. Eine Idee, das hab' ich gebraucht. Er hat sie mir gegeben!“

Ja, sage. Sehr schön. Sie sind Patriot, sehr schön, sehr schön! Diese Geldverehrung scheint mir rührend und edel. Und Sie geht doch weit über die Tagesansprüche der Tagesfron hinaus, und ich habe doch niemals die Zeit gehabt, über all' diese Dinge nachzudenken. Da nimmt Petroff von

ferne das spitze Haus des alten Cudo wahr. Und er ruft aus, daß am Tage der großen Rebände noch viele Rechnungen zu regeln sein würden. Dann erlischt mit einem Schlag die Gewalt dieses hohen Idealisten. Sie wird abgeweht und farblos, denn der Tag dauert schon sehr lange. Nun ist Petroff nur noch wie ein armer, schwarzer Hahn, der nicht mehr aufsteigen kann. In Abendtraurigkeit ist sein Gesicht verloren. Er schleppt die Beine. Sein schwacher und hagerer Leib krümmt sich zusammen. Schon ist er am Ende seiner Lebenskräfte angelangt, als er das Pförtlein des Hauses aufschließt, worinnen ihn seine Frau erwartet.

7. Kapitel: S a m m l u n g.

Die Arbeiter gehen mißtrauisch und widerwillig mit mir um. Deshalb? Ja, weiß es nicht, aber mein guter Wille ist nach und nach lässiger geworden.

Allmählich sind wieder die Frauen in mein Leben getreten. Zunächst war es Antonia Déron. Meine Verheiratung, die ichre auch und all' die Hindernisse und Absperrungen, von denen wir betroffen wurden, das hat uns wieder, wie einstmals zusammengekludert. Eines Tages blieben wir zufällig in meinem Hause, in dem ich sonst garnicht zu er-eignen pflegte, allein. Und da hat sie mir widerstandslos ihren Mund dargeboten. Dann hat sich ihre Sinnlichkeit der meinigen einverleibt, und nun brauche ich diese Frau sehr häufig. Aber die immer wiederkehrende Gemütsucht, die mich in ihre Arme hineinreißt, erubete immer wieder mit einem trübseligen Erwachen, sie ist eigensüchtig, zerfahren und unverständlich geblieben. Verlasse ich sie zur Nacht, um heimwärts zu gehen, und schreite ich durch die dunkle Stadt, die bevölkert ist von lauter stehenden, mir gleichenden Gestalten, dann wandert mir noch die Erinnerung an ihr zügelloses und aufreizendes Wesen an meiner Seite. Dann erinnere ich mich nur noch an dieses neue Kaltengewirr, das sich um ihren Mund wie ein zerschneidendes Gezänge zuwickelt. Und verjüngte Begierden unterdrücken die alten Begierden, und ein Liebesabenteurer jagt das andere. Es ist vorbei mit dieser und mit jener, die ich einmal angebetet habe. Sehe ich sie wieder, so verwundert es mich, daß einer von einem nicht mehr verwandelten Geschöpfe zugleich dieses beides sagen darf: „Wie ich sie geliebt habe!“ Und dann noch: „Wie ich sie nicht mehr liebe!“

(Fortf. folgt.)

Erleuchtung.

21] Roman von Henri Barbusse.
Übersetzt von Max Nothdorff.

Sein Finger deutet auf diesen unzerstörbaren Hinsternis-schwamm, der sich dort mit der Menge durch das Nacht-dämern rollt und er sagt: „Ja, bei der Andert, da ist das nicht das Gleiche. Da gibt es welche, die wollen alles anders machen, und die sind vollgestopft von diese Idee. Und da gibt es auch die Andern, die saufen und wollen bloß saufen, und die sind vollgestopft vom Suff bloß.“ Während er mir all die Leiden der einzelnen Arbeiterkategorien auseinander setzt, höre ich ihm kaum zu. Und Petroff längt wieder an: „Die Formier, wenn die mal in die Maschine kommen —“

— Da ich nun all dies Fabrikvoll derart betrachte, fürchte ich mich fast vor ihm. Es bedrückt mich, all diese Arbeiter wären eine andere Menschengattung als die übrigen winzigen Tagesfrüher, die da um mich leben. Während ich nun diesen Frontarbeiter betrachte, gestehe ich mir: „Sie sind die gleichen, sie sind immer die gleichen nur!“

Sieht man sie nur aus der Ferne, und sind sie zusammengetrottel, dann muß man sie fürchten. Nur in Rotten und Bunden sind sie bedrohlich. Betrachtet man sie aber aus der Nähe, dann sind es nur die gleichen. Man darf sie nicht von weitem ansehen.

Petroff wird erregt. Er macht Zeichen in seinem Gut. Er plüßert die Beulen wieder auf. Der Gut schwankt auf seinem legeligen Kopfe und über seinen spitzen Ohren, wie ein Artischokenshirn. Während ich ihm so nachgehe, schwappt seine Sohle das Wasser des schwammigen Bodens in die Stiefel hinein.

Er bläst seine Worte weiter in den Wind hinaus: „Die Gewerkschaften, daran soll man sich nicht die Finger verbrennen! Was sie da Freiheit nennen! Nicht mal seine eigenen Gedanken darf er da haben. Da muß man auf die Pfaffen schimpfen. Schön, aber was hat das mit die Arbeit zu tun?“ Und er ist noch ernster geworden. Und plöblich fährt der Kampfpapier in einem Tone, der ganz ver-ändert ist, fort: „Und wenn man da erst drin ist, dann darf

Das Programm der Friedensregierung.

Die Programmede des Reichsministerpräsidenten.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)
Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus dem Kriegsvorfällen hervorgegangenen Zentralisationen zu beseitigen, ist die Aufhebung der Devisenordnung.

Der Tag, an dem sie erlassen wurde, war auch der Geburtstag eines Devisen-Schleichhandels der schlimmsten Art. Wenn sie jetzt fällt, so vermindert gleichzeitig ein Stück Kriegskorruption, das sich in unseren Handelskreisen in bedenklicher Weise eingefressen hatte. Die Aufhebung setzt voraus eine Ergänzung der Vorschriften zur Abwanderung des Kapitals nach dem Ausland. Sie bringt andererseits eine wesentliche Erleichterung des Kapitalverkehrs. Die zuletzt nur noch als Folgeerscheinung zur Devisenordnung aufrecht erhaltene Zensur des Ein- und Ausfuhr und die dadurch zu erzielende Beteiligung des Reichs und der Interessenten, einschließlich der Verbrauchorganisationen, an der Preisgestaltung und der Verteilung. Wenn dadurch die leidigen Höchstpreisbeschränkungen überflüssig würden, so wäre das der Lebensnot für den Schleichhandel, den wir nicht in die Friedenszeit hinüberschleppen dürfen.

Meine Damen und Herren! Der wirtschaftlich Schwache bedarf heute mehr denn je der staatlichen Unterstützung. Sie sehen, an seinen Bedürfnissen nehmen wir das Maß für unsere wirtschaftspolitischen Schritte. Daran wollen wir weiter bauen. Reichliche Grundstücke, die sich im Besitz des Reiches befinden und nicht mehr ihren ursprünglichen, meist militärischen Zwecken dienen, sollen für die

Zweck der Ansiedlung

weit unter dem heutigen Tagewert abgegeben werden. Trotz der furchtbaren Finanzlage des Reiches glauben wir dies Opfer bringen zu müssen. Da es nicht möglich ist, allen berechtigten Ansprüchen mit künftigen Lohnsteigerungen zu folgen, muß der organische Weg beschritten werden, die Lebensverhältnisse mit den Löhnen und Gehältern in Einklang zu bringen. Die höchsten Lohnforderungen sind das schlechteste Mittel, um die Verhältnisse zu bessern. Neben den Löhnen kettern die Preise im gleichen Tempo und sinkt die Kaufkraft des im Übermaß gedruckten Papiergeldes. Mit diesen Überlegungen wollen wir uns keineswegs unabweisbaren Aufbesserungsforderungen entziehen. Nur müssen alle Wünsche ihre Grenze finden in der Leistungsfähigkeit des Betriebes! Es gilt hauptsächlich auch für die Arbeiter und Angestellten in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben! Bei ihnen muß das Bewußtsein lebendig sein, daß diese Betriebe dem ganzen Volke, also auch ihnen gehören. Für das gesamte arbeitende Volk gilt es, die Sozialpolitik nach Kräften weiter auszubauen. Die vom Reichsarbeitministerium bereits angeforderte Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die eine Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Rinderrenten bringt, wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Die große

Reform der Reichsversicherungsordnung

Reform der Reichsversicherungsordnung soll in allerhöchster Eile in Angriff genommen werden. Die moderne Umgestaltung und Vereinfachung des gesamten Arbeiterrechts schreitet schnell vorwärts. Eine große Zahl von Sachverständigen ist in verschiedenen Kommissionen und in enger Verbindung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an dem großen Werk tätig, daß die sozialen und demokratischen Grundsätze der neuen Republik klar in die Errichtung treten lassen wird. Ob freilich allen Wünschen bei der jämmerlichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden kann, ist eine schwer zu beantwortende Frage.

Sonderbare Verantwortung empfindet die Regierung für die wirtschaftlich Schwachen in der Beamtenschaft.

Ein neues Beamteneinsatzgesetz

Soll sofort in Angriff genommen werden. Aber auch die wichtige Aufgabe der Personalreform und der Reform des Beamtentums müssen der Lösung zugeführt werden. Ähnlich wie die Arbeiter und Privatangehörigen sollen auch die Beamten ihre gesellschaftliche Vertretung erhalten, die als Hülfsmittel der Beamtensorganisationen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen berufen sein werden. Freilich, eine glatte Übertragung der Betriebsräte auf die Beamten bedingt das wesentlich anders geartete Arbeitsverhältnis. Die Beamtensorganisationen sollen überall zur Mitwirkung herangezogen werden, wo Beamtensfragen zu erledigen sind, besonders bei dieser prinzipiellen Lösung.

Alle das oben bleibende Pläne und Entwürfe, wenn die Grundlage alles Gedeihens fehlt oder irgendwo unterbrochen und zeitweilig nicht geleistet wird: die Arbeit!

Gewiß, wir haben dem Friedensvertrag unter Zwang unsere Unterschrift gegeben, aber daran ist kein Zweifel erlaubt: in den Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Dieser Vertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Das müssen gerade die zur Richtschnur ihrer inneren Politik machen, die von Anfang an für die bedingungslose Annahme waren. Angefaßt dieser durch Vertrag und Selbsterhaltungstrieb begründeten Verpflichtung zur Arbeit sehen viele die einzige Rettung darin, diese Arbeit im Notfall zu erzwingen. Sie verweisen auf die drohenden Bestimmungen gegen Streiks, die Lenin erlassen hat, und auf das Vergehen der bulgarischen Kaiserregierung, die Arbeitslose während der Ernte zwangsweise nach Osten geschickt hat, wo es an Arbeitskräften mangelte. Die Reichsregierung lehnt diese Praktiken der Diktatur des Proletariats ab! Schon weil sie nicht einseitig gegen die Arbeiterschaft vorgehen und den

Bürgerlichen Richtlinie

nach seinem Belieben ausschlagen lassen will. Durch die Tarifvertragsregelung vom 23. Dezember 1918 hat die Arbeiterbewegung ein langumkämpftes Ziel endlich erreicht. Diese vortrefflich durchgesetzte Regelung soll in baldigster geschlichtet ausgeführt werden. Unser Ziel kann natürlich nur erreicht werden im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften.

Es ist keine Frage, die sozialistische Kommunisten und Reichsrechtler bedrohen diese Forderung, die sich der deutsche Arbeiter erwirkt hat, in mehr als einem Punkt. Aber gerade der letzte Gewerkschaftsaktion hat bewiesen, daß die Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten bei dem gewerkschaftlich geschulten Teil der Arbeiter noch die Oberhand hat. Zusammen mit ihm müssen wir der Brandzeit dieser Zeit Herr werden und Erschütterungen vermeiden, die, wie dieser Tage im Berliner Verkehrsstreik, ohne jedes Maß die Allgemeinheit bedrohen. Der Friedensvertrag stellt uns alle unter eine Gesamthaftung. Der Friedensvertrag ist unmöglich nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechts zugunsten der Allgemeinheit verzichtet, so wie die Staaten ihrerseits

auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen zugunsten des Völkerbundes. Der Vergleich mit dem

Völkerbund,

an dem beteiligt zu sein und den auszugestalten das höchste Ziel unserer äußeren Politik ist, zeigt am besten die Notwendigkeiten unserer inneren Politik! Wir sind uns alle einig, daß der Völkerbund ein Schwert ohne Klinge ist ohne das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren, durch das Kriege tatsächlich vermieden werden können. Wir diese, für die Völker geltende Erkenntnis für das eigene Volk verlangen! Und hier noch ein Wort an die Partei,

die sich deutsch-national nennt,

als läge darin ein Unterschied zu den anderen Parteien. Die Ausschreitungen ihrer Berliner Tagung bedürfen kaum einer Zurückweisung. Daß ein Redner dabei von der „gottverfluchten, ruckelosen Republik“ sprach, kann in diesem monarchistischen Tanniel nicht erstaunen. Verwunderlicher ist schon die Ausrufung des Herrn Hergt, seine Partei habe den Segen der Gegenseite abgesehen, obwohl sie möglich gewesen wäre, als der Osten von Waffen harzte.

Die Herren ahnen nicht, wenn alles sie genau in unerschütterlicher Front beim Versuch einer Reaktion sich gegenübersehen würden!

Entschieden bekämpfen und niederzupressen müssen wir den Schrei nach Rache, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus jener kleinen Gruppe dringt, die kein schöneres Ideal kennt, als das alte, waffenstrotzende durch die Zahl seiner Bajonnette mächtige Reich! Dies Ideal lehnen wir rundweg ab.

Wir brauchen die Arbeit und verabsäumen die Revanche.

Auch wir wollen nationales Leben und nationales Denken pflegen und pflanzen, aber auf dem Boden der völkerbündlichen Gesinnung nach innen und außen!

Immer häufiger bringen die Stimmen eines neuen Menschentums an unser Ohr. Es sind noch Minderheiten, wie die Gruppe der französischen Schriftsteller, die den Namen „Marxist“ trägt. Ihr Sprecher, Barbusse, der den Schrecken des Krieges die bedrückte Sprache verließen hat, spricht nun im Namen des völkerverbindenden Friedens:

„Die Demokratie ist unbefriedbar. Aber diese schicksalsschwere Ankerhebung des Menschengeschichts wird sich in einer ruhigeren und schöneren Form entschlössen, wenn sie geklärt wird durch Auserwählte und die Welt bevölkert ist von erleuchteten Gewissen und solchen, die guten Willens sind.“

Dies Bekenntnis ist unser Bekenntnis! Wir nehmen diesen Ruf von jenseits der Gräben an, wir sind einzig im Glauben an die Ansehbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Völkern, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Bürgern, den Völkerbund erschaffen muß! (Lang anhaltender Beifall und Handklatschen.) Es ergreift das Wort

Reichsminister des Außenen Müller:

Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat Ihnen schon die Grundzüge entwickelt, nach denen das Kabinett die deutsche Politik zu führen gedenkt. Er hat dabei auch unsere künftigen Beziehungen zu den übrigen Völkern gezeichnet. Das war notwendig, denn unsere äußere und innere Politik müssen einheitslich sein. Als das Staatswesen, welches das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt hat, als das Staatswesen, das am weitestgehenden die Frauen als volle, gleichberechtigte Staatsbürgerinnen in öffentlichen Leben beteiligt, als das Staatswesen, das die Forderungen der internationalen organisierten Arbeiterklassen, wie sie in Bern und in Leeds formuliert wurden, zu seinem Programm gemacht hat, treten wir in die neue Zeit ein, die — wie uns unsere bisherigen Freunde versichern — nach diesem Kriege anbrechen soll. Durch den härtesten Frieden geschädigt, der seit Einführung der christlichen Zeitrechnung je einem Volke auferlegt wurde, müssen wir dennoch versuchen, auf der freiheitlichen Bahn vorwärts zu schreiten. Nur so können wir moralische Eroberungen in der Welt machen. Die Welt soll sich davon überzeugen, daß der Verlust von zwei Millionen Toten, die dieser Krieg Deutschland gekostet hat, in dem deutschen Volk die Überzeugung gefestigt hat, daß Streikfeiern unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgefochten werden dürfen, solange es Menschen geben wird, die sich an diese Kriegsjahre erinnern werden. Solange die Kräfte dieses Krieges als lebendige Weltgeister dieser entsetzten Jahre die Straßen und Dörfer und Städte bevölkern, wird es in keinem der am Kriege beteiligt gewesenen Länder einem Staatsmann gelingen, das Volk wiederum in einen Krieg zu führen. Aber unsere Lage ist doch wirklich klar. Als

Ergebnis des Krieges

ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine gründliche Abstrüpfung aufgesetzt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse des Sieges liegt. Aber diese Abstrüpfung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Für die ganze Welt wird die Abstrüpfung erst werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird. Die Erreichung dieses letzten Zieles muß unsere Aufgabe sein. Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir allen militaristischen Gedankengängen endgültig entsagen, wenn wir uns unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der Völker untereinander zu entscheiden hat. Der Chauvinismus war bei allen Völkern eine der Quellen, die zu diesem Kriege geführt haben. Die Welt hat an diesem einen Weltkrieg mächtig genug. Die Pflege dieser Ideale des Rechts ist nicht die Folge unserer militärischen Niederlage. Das war nur ein früheres Ergebnis. In Wirklichkeit haben die letzten Jahre des Krieges bereits die militaristischen Anschauungen in den breitesten Massen unser Volk völlig unterhölet. Nur weil diese Sinneränderung eine so umfassende und tiefgreifende war, konnte die Revolution in den Novembertagen des vergangenen Jahres so unblutig fliegen, sich so rasch über ein großes Reich ausbreiten wie noch niemals eine Revolution in der Geschichte. Den neuen Geist des Rechts zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges nun unter fremde Herrschaft kommen und deren Verlangen nach kultureller Autonomie und nach Schutz für die deutschen Minderheiten um so sicherer erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, daß das deutsche Volk ein friedliches Volk ist, das gemeinsam mit seinen Nachbarn die zertrümmerte europäische Kultur wieder aufbauen will und in dessen Reihen nur einflusslose Minderheiten nach militärischer Rache schreien. Je mehr wir zeigen, daß es dem deutschen Volke mit dem

Gedanken des ewigen Friedens,

für den sich bereits vor mehr als 100 Jahren Kant eingekämpft hat, heiliger Ernst

ist, desto leichter machen wir es den von unserem Volkstüper losgerissenen Deutschen, ihr Deutschtum auch unter fremder Flagge rein zu bewahren. Wir müssen die Welt von unserem unerschütterlichen Friedenswillen aber auch deshalb überzeugen, damit die

Politik der Koalitionen

die in letzter Linie zu diesem Weltkrieg geführt hat, in absehbarer Zeit begraben wird. In Versailles wurde bereits eine neue Koalition gegründet; gleichzeitig mit dem Versailler Vertrag wurde das französisch-englisch-amerikanische Abkommen geschlossen, das Frankreich gegen einen „provokierten Angriff Deutschlands“ schützen soll. Das Mißtrauen gegen die deutsche Politik ist ebenso groß wie das Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes. Andererseits spekulieren in Deutschland bereits politische Kartellgeber auf die Möglichkeit künftiger Gegenallianzen. Sie richten ihre Blicke nach dem nahen und fernem Osten. Sie hoffen auf die Uneinigkeit der Sieger und sehen bereits eine

Allianz der Anzuehlichen

im Werden, die sich zusammenfinden könnten, weil sie bei der Verteilung der Beute nicht voll auf ihre Rechnung gekommen zu sein glauben. Mir scheint diese Illusion nicht zeitgemäß zu sein. Gegen die unselige Politik arbeiten wir am besten, indem wir uns an keiner beteiligen und so den Boden für einen wirklichen

Bund der Völker

vorbereiten, nach dem sich die Völker in allen Ländern von ganzem Herzen schenken. Das Zeitalter der Geheimdiplomatie mit ihrem Intrigenspiel soll abgebrochen sein. Unsere tatsächliche Bereitschaft zum Eintritt in einen Völkerbund erklären wir dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Die vorübergehende Arbeit, welche Graf Brockdorff-Rantzau und seine Mitarbeiter für die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes in Versailles geleistet haben, wird die objektive geschichtliche Forderung einmal dankbar anerkennen. Wir verlangen, daß die Völker selbst, und zwar alle Völker, auf die Verfassung des Völkerbundes entscheidenden Einfluß erhalten. Ein Völkerbund ohne das deutsche Volk und ohne das russische Volk ist kein Völkerbund!

Gerade wir Deutschen haben ein Interesse daran, daß ein Völkerbund entsteht, der zu einem wahrhaften Instrument des Fortschritts wird und der uns deswegen einen Ausweg zeigt aus den ungeheuren Schwierigkeiten, in die uns der Vertrag von Versailles verfiel. Wir haben in den Vorverhandlungen nachdrücklich auf das Unzerstörliche und Unverfügbare hingewiesen, das nach unserer Auffassung so viele Bestimmungen des Vertrages enthalten. Wir haben uns unter dem Zwang der Verhältnisse verpflichtet, die Bestimmungen des Vertrages loyal zu erfüllen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Fähigkeiten Ernst ist. Wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages anstreben werden.

Auch mit dieser Auffassung sehen wir nicht allein. In einer Erklärung sagt General Smuts: „Ich betrachte den Friedensvertrag als einen Abschluß dieser zwei Kapitel des Krieges und des Waffenstillstandes und stimme ihm nur aus diesem Grunde zu. Es sind zahlreiche Mängel vorhanden, die unter dem hellenden Einfluß der neuen internationalen Atmosphäre ausbeseitigt werden zu müssen.“

Und ich möchte dieser Erklärung des General Smuts hinzufügen, daß unter dem Einfluß einer neuen internationalen Atmosphäre gerechte Verteilung der

europäischen Kolonialpolitik

zugestanden werde, daß es höchst ungerade war, dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Betätigung zu rauben mit der unhaltbaren Begründung, daß das deutsche Volk versage auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation, ebenso ungerade, wie sich das Vorgehen gegen die Auslandsdeutschen und ihr Eigentum in den ruhigen Zeiten einer gereinigten Atmosphäre durch nichts rechtfertigen lassen wird.

Freilich täuschen wir uns nicht: Auffassungen, wie sie General Smuts vertritt, sind heute weit davon entfernt, Gemeingut der Völker zu sein, die in den letzten Jahren mit uns im Kriege standen. Das deutsche Volk hat nicht vergessen, daß es ein Opfer des deutschen Einmarsches wurde. Wenn wir jetzt davon reden, durch werftätige Opfer Wiedergutmachung zu üben, so wird der Weg zur Verhandlung mit dem besiegten Nachbarvolk allmählich geebnet werden, das in diesem Kriege unschuldig gelitten hat als irgendein anderes Volk. Die bewährten Klauen Kolonialpolitik gewähren ein entsetzliches Bild. Nur pharisäische Selbstgerechtigkeit oder Siegerübermut kann es fertig bringen, das „Schuldige“ nur gegen ein Volk zu sprechen. Die objektive Kriegsgeschichte wird in Würdigung dieser beurteilenswerten Vorkommnisse bereinst sagen:

Wir waren Sühner alsunmal.

Sein Volk hat aber verhältnismäßig so viel Tote verloren, so viel Verwundungen erlitten und so viel Opfer bringen müssen als das französische Volk. Ja, wenn wir deshalb Verständnis für die bereitwillige Mentalität dieses Volkes zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften an Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzuwirken, so, wie wir das feierlichst versprochen haben. Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, an die deutschen Techniker und Architekten, daß sie sich bereithalten, wenn der Ruf zu sie ertönt, aus den trostlosen Ruinen jener Gegenden wieder blühendes Leben erheben zu lassen. Ich nehme dabei an, daß uns die unbedingt nötigen Hoffstoffe geliefert werden. Jedenfalls wird das erreicht werden können, was in dem französischen und auch in unserem Interesse liegt. Die werftätige Liebe, mit der wir uns dieser Aufgabe der Wiedergutmachung unterziehen wollen, das soll

unsere Revanche

sein. Ich erwarte, daß die Arbeit, die wir auf französischem Boden zu leisten haben, und die wir gerne leisten wollen, dazu beitragen wird, die beiderseitigen Beziehungen auf einen anderen Fuß zu bringen. Die Arbeit, die wir in letzter Zeit von französischen Staatsmännern gehört haben, und die Noten, die uns — der Friede ist ja noch nicht voll tarifiziert! — von militärischer Seite durch die Waffenstillstandskommissionen übermittelt wurden, berichten noch ganz die Sprache der Kriegszeit. In diesem Zusammenhang will ich auch kurz auf jenen

Vorfall in Berlin

eingehen, der in Frankreich so große Erregung hervorgerufen hat. In Berlin wurde der französische Unteroffizier Ranheim in der Nacht vom 12. Juli tödlich verletzt. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Die französischen Soldaten, die sich in Berlin aufhalten, haben Anspruch auf Schutz. Ich weiß mich eins mit dem gesamten anständigen Teil der Berliner Bevölkerung, wenn ich sage, daß es diese Vorfälle, die zum Tode Ranheims geführt haben, aufrichtig bedauern. Ein soll nach der Rolle des Marschalls hoch die Stadt Berlin mit einer Strafe von einer Million Frank in Gold belegt werden. Die wurde gegen Deutschland in der ganzen Welt während des Krieges applaudiert, weil militärische Befehlshaber während des Krieges im besetzten Gebiete Städte belagerten und Verbrechen begingen, die einzelne Bewohner sich zuschulden kommen lassen. Von uns wird aber jetzt verlangt, daß eine Stadt, die weit ab ist vom besetzten Gebiet, nach Umgehung des Friedens eine Buße zahlen soll für einen Vorfall, den

Die Bevölkerung ebenso stark vorwärts wie irgendeine französische. Dazu fehlt im Kriegsjahr jede Parallele. Solche Maßnahmen können nicht der Verschönerung der Völker dienen.

Von dem Geiste der Versöhnung

Der die neue Zeit beherrschen soll, ist in den Reden der meisten der Staatsmänner der Entente zurzeit noch wenig zu spüren. Ich will heute nur Herrn Lloyd George eine kurze, notwendige Antwort auf die Rede geben, die er im englischen Unterhaus hielt, als er den Versailler Vertrag zur Genehmigung vorlegte. Lloyd George sagte, der Friedensvertrag bedeute, an Deutschland ein Beispiel zu statuieren. Das scheint allerdings so zu sein; aber das bezeugt, daß der Vertrag ein

Druck des Novemberabkommens

ist, wie überhaupt der Friedensvertrag die Lansing'sche Note zu einem festen Papier gemacht hat. Auch im britischen Imperium haben sich Männer gefunden, die in diesem Vertrag nicht die höchsten Forderungen von Recht und Ehrliebe erfüllt sehen, wie das der englische Premierminister vom Vertrage behauptete. Was soll es aber heißen, wenn Lloyd George von dem Deutschland, das in den Völkern aufgenommen werden will, die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik in den letzten 150 Jahren ein bitterer Fehler gewesen sei. In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik mehr als von der Seite der preussischen gestanden als an der irgendeines anderen Volkes. Seit dem spanischen Erbfolgekrieg dankt es England mehr als einmal dem preussischen Degen, wenn es seine Kontinentalpolitik durchsetzen konnte. Und auch in England sollte man das Wort nicht vergessen, das Wellington bei Waterloo sprach: „Ich wollte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen.“ Dem eroberungslustigen Preußen kann übrigens ein Engländer keinen Vorwurf machen, der die Veränderungen der Weltkarte beobachtet, die seit 150 Jahren zugunsten Englands vollzogen wurden. Lloyd George sollte an seine eigene Rede vom 2. Juni 1908 denken, in der er ausrief: „Wir hatten eine überwältigende Heeremacht zur See, trotzdem gingen wir an, Dreadnoughts zu bauen. Sehen Sie die Ungerechtigkeit des Zweimächte- machtes, sehen Sie Deutschland an, für Deutschland bedeutet die Arme daselbst für England seine Flotte, den einzigen Schutz gegen feindliche Invasion. Trotzdem befolgt Deutschland keinen Zweimächte- machtes, obwohl es zwischen zwei Militärmächten liegt, die seiner Arme eine weit überlegene Truppenzahl gegenüberstellen können!“ Das ist heute alles vergessen. Noch sind nicht alle die Probleme gelöst, die die Liquidation des Weltkrieges aufgeworfen hat, noch immer wird in Versailles verhandelt. An Stelle der Probleme, die vor dem Jahre 1914 Europa beunruhigten, sind Tugenden neuer getreten. Wie sich die Ostfragen im ganzen in der nächsten Zukunft gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Heber Ruhlands zukünftige Entwicklung zu prophezeien, ist zweifellos. Seit Jahr und Tag wird der halbjährige Untergang der Sowjetmacht in Aussicht gestellt. Wir müssen uns aber heute noch an die Tatsache halten, daß in den Zentren des russischen Lebens, insbesondere in Moskau,

Lenin noch herrscht

für die deutsche Regierung muß als Grundgesetz feststehen, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einmischen, ebenso wie wir uns eine russische Einmischung in unsere eigenen inneren Angelegenheiten verbitten. Im Korben des ehemaligen russischen Reichs sind neue Staatsgebilde entstanden. Ein lettischer Staat ist dabei, sich zu konsolidieren. Die Estnische Republik hat bereits ein festes Gefüge. In beiden Ländern fördert man für die Selbstständigkeit in dem Glauben, daß eine preussische Militärschule ihnen wieder einmal gefährlich werden könnte. Diese Gefürchtungen haben sich auf Grundlage, die sich auf militärischem Gebiet abgepielt haben. Die Regierung der deutschen Republik wünscht gute Beziehungen zu den Völkern jener Länder. Für Verzögerung und Kurstücken scheint auch in jenen Gegenden die Zeit ein für allemal vorbei zu sein. Andererseits wissen wir, wie vertraut Letten und Esten stets mit der deutschen Kultur gewesen sind, und wir erwarten, daß deutsche Wissenschaft in der kommenden Zeit wieder ein Bindemittel zwischen ihnen und uns sein wird. In diesem Zusammenhang will ich gleich auf die Frage eingehen, die der Abg. Hermann-Pölen in diesem hohen Hause über die Vorgänge im Baltikum eingebracht hat. Ein Rechluf,

das Baltikum zu räumen

wurde bereits von dem früheren Kabinett gefaßt. Jetzt ist dort eine neue provisorische lettische Regierung gebildet, der von den alliierten Mächten Waffen und Munition geliefert wurden. Englische Generale und Gouverneure haben in militärischen Fragen bestimmenden Einfluß. Die Verhandlungen über die völlige Räumung sind im Gange. Die Regierung hat ganz ungewöhnlich erklärt, daß sich die Räumung Lettlands so schnell wie möglich zu vollziehen hat. Im Baltikum steht neben reichsdeutschen Truppen die bolschewistische Landwehr. Von den Freiwilligen, die in jenen Gegenden kämpften, hatten sich viele in der

Hoffnung auf Anschließung

anzuschließen lassen. Die frühere lettische Regierung hatte fremdsprachlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen für die Befreiung des Gebietes des lettischen Staates tätig waren, das volle Staatsbürgerrecht zu gewähren versprochen. Dadurch sollte diesen Freiwilligen die Anstellung ermöglicht werden. Die derzeitige lettische Regierung erkennt diese Rechte nicht an, sie stützt sich dabei auf den Friedensvertrag, nach welchem alle Verträge und Abmachungen zwischen Deutschland und den Staaten, die früher zum russischen Reich gehört haben, hinfällig geworden sind. Das ist für viele Reichswilge eine schmerzliche Enttäuschung. Wir haben aber keine Möglichkeit, diese Wünsche der lettischen Landwehr in ihren Forderungen nach dem versprochenen Siedlungsland mit Erfolg zu unterstützen. In die inneren politischen Verhältnisse Lettlands wird sich die Regierung, wie das ganz selbstverständlich ist, in keiner Weise einmischen. Sie ist der Auffassung, daß dadurch die Basis für ein freundschaftliches und friedliches Verhältnis zum lettischen Volke geschaffen und damit auch den in jenen Gegenden wohnenden schupbedürftigen deutschen Winderbesitzern auf die Dauer am besten gedient sein wird.

Wir hoffen, daß sich zu dem entstehenden litauischen Staatswesen, dessen Bildung von uns gefordert wurde, gute Beziehungen erhalten lassen. Auch das litauische Gebiet wird schleunigst von uns völlig geräumt werden.

Die Wiederaufichtung Polens

und keine Erstreckung auch auf Gebiete des bisherigen Deutschen Reiches ist die wichtige Veränderung im neuen Osten. Deutschland und Oesterreich haben am 6. November 1918 zuerst die Selbstständigkeit Polens verkündet.

Ohne die deutschen Siege jener Jahre hätte Polen sicherlich nur Autonomie im Rahmen des russischen Reiches erhalten.

Der Versailler Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden mußten, wenn der Wille der Bevölkerung für die Staatsangehörigkeit entscheidend gewesen wäre. Millionen Deutscher leben in Zukunft unter polnischer Herrschaft. So hat der uns diktiert Frieden die vitalen Interessen beider Staatsvölker nicht geschützt. Trotzdem wollen wir uns bemühen,

gute, auskömmliche Verhältnisse

zwischen beiden Teilen zu erzielen. Wir wollen in unmittelbaren Verhandlungen mit Polen die Schäden des Friedensvertrages nach Möglichkeit mildern.

Der Übergang der abzutretenden Gebiete

in polnische Hand soll sich ohne Reibungen und Gewalttätigkeiten vollziehen. Die Regierung wird namentlich versuchen, für die an Polen fallenden Deutschen einen zuverlässigen Schutz der Winterarbeiten zu erwirken, damit der kulturelle Zusammenhang jener Deutschen mit der alten Heimat auch dann gewahrt wird, wenn sie lokale Bürger des neuen Staatswesens geworden sind. Die Beförderung der deutschen Bevölkerung, es möchte bei der Abwesenheit der deutschen Truppen und Behörden in den Abstim-

mungsbereichen eine unzulässige Beeinflussung zu Ungunsten der deutschen Stimmen stattfinden, wird von der deutschen Regierung völlig gewürdigt. Ich werde die notwendigen Schritte unternehmen, damit für die Freiheit der Abstimmung Gewähr geleistet ist. Schließlich danke ich im Namen der Regierung der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken für ihre ruhige und würdige Haltung in dem großen Unglück, das Deutsche infolge der Abtretung weiter von Deutschen bewohnter Gebiete betroffen hat.

Die herglichen Beziehungen verbinden uns und noch wie vor zu unseren überreligiösen Brüderrassen. Nach § 20 des Friedensvertrages wurden wir gezwungen, die Grenzen anzuerkennen, die dort für das deutsch-österreichische Staatswesen festgesetzt werden sollen, und wir mußten dessen Unabhängigkeit als unabänderlich anerkennen, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Das war für uns

einzig der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Es ist die schwerste Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen. Wenn der Völkerbund ein wirklicher Völkerbund werden soll, dann haben die Völker dieses Werk der Regierungen zu korrigieren. In unseren Beziehungen zu Deutschösterreich erwarten wir eine baldige Korrektur, denn

Deutschösterreich und des Reiches Stämme wollen zueinander.

Wir werden deshalb alle friedlichen Mittel erschöpfen, bis wir wirklich nach Schillers Wort ein einzig Volk von Brüdern sind. (Wiederholter, lebhafter Beifall.) An unserer Grenze ist ferner aus der Masse des alten Habsburger Reiches als neues Staatswesen die tschechoslowakische Republik entstanden. Von der Klugheit der Männer, die an ihrer Spitze stehen, erwarten wir, daß sie mit uns an einem Ausgleich arbeiten, der ihrem Lande und dem unseren gute Beziehungen garantiert.

Nicht vergessen wollen wir endlich auch unserer früheren Bundesgenossen, des bulgarischen und des türkischen Volkes, die in vergangenen schweren Jahren auf unserer Seite standen und jetzt mit uns leiden. In Versailles hat Graf Brockdorff-Rantzau am 7. Mai auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, daß auch unsere früheren Verbündeten, die Türkei und Bulgarien,

Anspruch auf Anwendung der Wilson'schen Grundsätze

haben. Wir sind nicht in der Lage, ihnen bei den Verhandlungen mit den Gegnern zur Seite zu stehen. Wir wurden gezwungen, im voraus die harten Bestimmungen anzuerkennen, die unsere Gegner zweifellos über sie verhängen werden. Mit großer innerer Bewegung nehmen wir an ihrem Schicksal Anteil. Romantische Beziehungen kultureller Art haben sich geknüpft; soweit es an uns liegt, sollen diese freundschaftlichen Bande zwischen den Völkern den Zusammenbruch des Bündnisses und der Regierungen, die es geschlossen hatten, überdauern. Zuletzt, aber nicht zum geringsten, lassen Sie mich der neutralen Länder gedenken, die uns in den vergangenen Kriegsjahren in so vieler Beziehung Mittler gewesen sind.

Das deutsche Volk erkennt in den schweren Zeiten, durch die es jetzt zu gehen hat, dankbar jeden Beweis von Verständnis und Anteilnahme an, der aus den Ländern der europäischen Neutralen zu ihm herübergeflossen ist. Es ist sich seiner besonderen Dankeschuld bewußt gegenüber den Ländern, die auch in diesem Sommer erholungsbereitete deutsche Kinder bei sich aufnehmen und pflegen, wie dies die Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Finnland in edelmütiger Weise tun. Dieses menschenfreundliche Werk wird bei uns unerreichten bleiben.

Auf Grund des Friedensvertrages wird die Bevölkerung des nördlichen Schlesiens durch Abstimmung über ihre fernere Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben. Im Interesse der Erhaltung der guten Beziehungen, die zwischen Dänemark und Deutschland bestehen, liegt es, daß diese Abstimmung ein Ergebnis hat, das in keinem Punkte eine Irrenden zurückläßt. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, haben wir seinerzeit bei Abschluß des Waffenstillstandes durch Annahme des Grundgesetzes der Selbstbestimmung der Nationalitäten anerkannt, daß auch die in Nordschlesien wohnenden Dänen über ihre fernere Zugehörigkeit zu Deutschland entscheiden. Trotz der

unerfreulichen Erscheinungen,

die in letzter Zeit in gewissen deutschen Kreisen des Abstimmungsgebietes, die sich ausschließlich von kommunistischen Gesichtspunkten leiten lassen, zu verzeichnen sind, erwarten wir doch, daß durch die nationale Haltung des größeren Teiles der deutschen Bevölkerung eine Grenzführung erfolgt, die der nationalen Zugehörigkeit der Bewohner möglichst Rechnung trägt. Was die in dem vorerwähnten Entwurf des Friedensvertrages vorgesehene dritte Zone betrifft, so geht aus der Antwort der Entente auf unsere Note über den ersten Entwurf des Friedensvertrages hervor, daß auf Ansuchen Dänemarks dies schon vollständig aus den Bestimmungen eliminiert worden ist. Diese dritte Zone ist national vollkommen unschuldig erklärt, sie steht in keinen Beziehungen mehr zu Abstimmungs- und Räumungsfragen.

Bei der

Ausführung des Friedensvertrages

fällt vornehmlich die Gesamtleitung dem Auswärtigen Amte zu. Bei der ungeheuren Ausdehnung der politischen, militärischen, finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, die in dem Friedensvertrag geregelt sind, handelt es sich hierbei um eine Aufgabe, deren Schwierigkeit kaum überschätzt werden kann. Die Härte der uns auferlegten Friedensbedingungen ist, wie ich fürchte, dem größten Teil des deutschen Volkes in ihrer ganzen Bedeutung noch nicht klar geworden. Daß wir bereit sind, den Friedensvertrag loyal zur Ausführung zu bringen, habe ich an anderer Stelle bereits betont. Wo es sich um Bedingungen handelt, deren Erfüllbarkeit an der harten Macht der Tatsachen scheitert, hoffen wir, unsere Gegner davon zu überzeugen, und im Wege der Vereinbarung Lösungen zu finden, die beide Teile befriedigen.

Um die geschäftsmäßige Behandlung der aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Aufgaben zu erleichtern, ist im Auswärtigen Amte eine besondere Friedensabteilung eingerichtet worden.

Unter den Verpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt, kann man zwei Kategorien unterscheiden. Es handelt sich einmal um Verpflichtungen, die wir ohne weiteres zu erfüllen haben und bei denen irgendwelche Verhandlungen nicht mehr in Frage kommen. Auf der anderen Seite aber gibt der Friedensvertrag allen unseren bisherigen Gegnern eine gewaltige Zahl von Rechten und Befugnissen, der auf unserer Seite keine Gegenrechte, sondern nur Verpflichtungen gegenüberstehen. In wieviel die Geener von diesen Berechtigungen vollen Gebrauch machen werden, wissen wir nicht; wir werden gut tun, uns in dieser Beziehung

keinerlei optimistischen Hoffnungen

hingeben. Dennoch liegt in diesen Bestimmungen eine große Möglichkeit. Trotz der schweren Niederlage, die Deutschland erlitten hat und trotz der schweren Erschütterungen, unter denen es in den letzten Monaten gelitten hat und noch leidet, bleibt das Deutsche Reich ein politischer und wirtschaftlicher Faktor, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Es ist unmöglich, auch für unsere Gegner, und liegt auch keinesfalls in ihrem Interesse, dauernd den Standpunkt der Gewalt uns gegenüber zu vertreten. Wenn Handel und Verkehr wieder aufleben sollen — und das ist ja die erste Voraussetzung dafür, daß Deutschland überhaupt irgendwelche ihm auferlegte wirtschaftliche und finanzielle Verpflichtungen erfüllen kann —, dann müssen die Beziehungen der Völker nicht auf der Gewalt, sondern

auf der Billigkeit und dem Rechte

beruhen. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß unsere Gegner sich davon überzeugen werden, daß sie besser fahren, wenn sie nicht einseitig alle ihnen eingeräumten Rechte Deutschland gegenüber in Anspruch nehmen, wenn sie also z. B. von dem völlig unerhörten Recht, den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete gegen Deutschland fortzusetzen, keinen Gebrauch machen. Ich denke in

dieser Beziehung insbesondere an die nach dem Vertrag an sich zulässige

Liquidation des Eigentums der Auslandsdeutschen.

Ich will gar nicht von Gerechtigkeit sprechen und mich in keine Polemik darüber einlassen, wer denn eigentlich den Wirtschaftskrieg angefangen hat; darüber wird einst die unparteiische Geschichte urteilen, und ich bin fest überzeugt, daß Deutschland diesem Richterspruch mit Ruhe entgegensehen kann. Aber wenn jetzt in feindlichen Ländern dazu übergegangen wird, die Wohnungseinrichtungen der betriebenen Auslandsdeutschen zwangsweise zu verkaufen, wenn ein gleiches Schicksal, wie behauptet wird, wissenschaftlichen Bibliotheken deutscher Forscher droht, so muß m. E. wenn wir zu mündlichen Verhandlungen gelangen, es möglich sein, auch den erbittertesten Gegner davon zu überzeugen, daß ein solches Vorgehen weder edelmütig noch klug ist. Die Zeit muß vorbei sein, in der sich die Völker durch die Gasmaske betrachteten, wir müssen

heraus aus dem geistigen Drahtverhau.

Handel und Wirtschaft müssen wieder in Fühlung kommen. Der deutsche Kaufmann wird unter den schwierigen Verhältnissen, die dieser Frieden mit sich bringt, keinen alten Ruf zu bewahren haben, den all die harten Maßregeln der fünf Kriegsjahre nicht auslöschen konnten. Die auswärtige Politik wird in den nächsten Jahrzehnten in allererster Linie Wirtschaftspolitik sein müssen. Unser heute am Boden liegender Handel muß wieder erstarben und so unserem Volk in seiner Lebensnot helfen. Ein Sechsigmillionen-Volk kann nicht untergehen. Das deutsche Volk ist gebeugt ob der Last, die ihm auferlegt wurde,

gebengt, doch nicht gedrückt.

Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete werden wir zu zeigen haben, daß die Wurzeln unserer Kraft nicht erschüttert sind. Die Aufgabe der deutschen Diplomatie wird es in Zukunft mehr denn je sein, das kulturelle und wirtschaftliche Leben der anderen Völker kennen zu lernen, um es besser berücksichtigen zu können.

Bessere, vertiefte Kenntnis des Auslandes, gleichzeitig aber auch des Inlandes und seiner wahren Bedürfnisse wird das erste Erfordernis des neuen auswärtigen Dienstes sein müssen. Die Ansprüche an die Kenntnisse und Leistungsfähigkeit der Angehörigen des auswärtigen Dienstes werden dadurch gesteigert werden. Wird der Beruf des auswärtigen Beamten richtig aufgefaßt, so wird er der vielseitigsten und schwierigsten aller Berufe sein. Nur die besten Kräfte werden gerade gut genug sein, um ihn zu ertragen. Nimmt man hinzu, welchen Vorurteilen und Feindschaften unsere Beamten vorläufig im Ausland gegenüberstehen werden, so ist ohne weiteres klar, daß die Reformen, die in meinem Dienste nötig sind, eine außerordentliche Aufgabe darstellen.

Es wird erster Anstrengung bedürfen, wenn wir allmählich wieder unseren alten Platz in der Weltwirtschaft erringen wollen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt durch ausreichende

Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen,

wobei uns die Inanspruchnahme des Privatcredits eine wesentliche Hilfe sein wird. Um unserer Exportware den Auslandsmarkt wieder zu eröffnen, müssen wir trachten, durch Spezialabmachungen mit den einzelnen Staaten die uns im Friedensvertrag versagte Meistbegünstigung wieder sicherzustellen. In diesen Spezialabmachungen werden wir zugleich den Ersatz für die durch den Krieg und den Friedensvertrag weggefallenen Handelsverträge schaffen müssen. Sind wir erst einmal wieder in der Lage, mit unseren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt zu erscheinen, dann wird sich auch der schlechte Kursstand unserer Mark wieder haben. Freilich im Ausland werden schon wieder Stimmen über Schleuderkonkurrenz der deutschen Industrie laut. Wie soll in Anbetracht der gestiegenen Löhne, die eine Folge der Kriegsjahre und der während des Waffenstillstandes fortgesetzten Abschmürung des deutschen Volkes von Lebensmitteln und Rohstoffen sind, die deutsche Industrie dazu kommen, das Dumping-System auf dem Weltmarkt zu erwidern? Die beste Sicherung gegen Schleuderkonkurrenz ist im übrigen die

Besserung unserer Währung,

und unsere Währung wird sich um so eher und um so mehr bessern, je mehr man uns durch Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln Gelegenheit gibt, in Ruhe und Frieden zur Arbeit zu kommen.

Von allen wichtigen Aufgaben möchte ich nur noch erwähnen den

Wiederaufbau unserer Handelsflotte

und die Sorge um den Schutz und das Wohlergehen derjenigen unserer Volksgenossen, die durch die Verhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden.

Bereits in die Wege geleitet ist eine Verbesserung unseres wirtschaftlichen Nachrichtendienstes, sowohl was seinen Umfang, wie die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung anlangt.

Je mehr wir im Innern zur friedlichen Arbeit kommen werden, desto mehr werden wir Ansehen gewinnen bei den Demokraten der ganzen Welt. Die Vertrauensatmosphäre, die Europa braucht, wenn es auf die Dauer in Ruhe atmen will, muß mit unserer Tätigkeit und Hilfe geschaffen werden. In den Dienst dieser Bestrebungen muß sich in erster Linie die auswärtige Politik stellen. Diesern wir in Werken des Friedens den Beweis, daß wir in allem Unglück dennoch eine große Nation sind, begraben wir alle Vorhosen einer Reichspolitik, die ein für allemal der Vergangenheit angehört. Deutschland wird die Wiederherstellung seines Ranges unter den großen Völkern nur vom Fortschritt der demokratischen Idee bei uns und bei den anderen Völkern zu erwarten haben. (Lebhaftes Bravo links; heftiges Rufen rechts, erneuter, langanhaltender Beifall links.)

Danach schlägt der Präsident vor, die Sitzung zu vertagen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 10. Mrz.

Interpellation über Landwirtschaft und Landarbeiterstreik.

Präsident Behrend: Ich habe die Absicht, morgen zuerst den Interpellanten zur Begründung der Interpellationen das Wort zu geben.

Schluß: 12 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz muß man einen Aufschluß und eine Nummer des Briefkastens beifügen, damit die Aufsätze rasch in der Redaktion ankommen. Briefkasten, 2. Hofpostamt, 100. Straßenschild und Briefkasten sind mitzubringen.

Alle Abonnenten. Wir haben die in Ihrem Schreiben vom 21. Juli gemachten Anregungen zur Kenntnis genommen. — Kriterien. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts.

A. 3. 10. Eintretenden Falles könnte auf Anrufen des Vorkommens die Unterbringung im Elternhaus anordnen. — R. W. 100. Die Rückstände ist im Recht. — B. 3. 99. 1. Die vorerwähnten Gründe reichen zur Entlohnung nicht aus. 2. Ja. — Weiskawert. 1. Sie müssen den Verkäufer zur Abstellung des von Ihnen behaupteten Mißstandes auffordern, ihm eine Frist setzen und ihm gleichzeitig androhen, falls in dieser Frist Abänderung nicht erfolgt, Klage zu erheben. 2. Auf Antrag der Frau Klage erheben auf Festsetzung des Kaufpreises. 3. Sie haben sich selbst strafbar gemacht. — R. 10. Neben der Willkür kann eine Anordnungsentscheidung getroffen werden, wenn Sie nach ärztlichem Gutachten in Ihrer Erwerbsfähigkeit mit mehr als zwei Dritteln beschränkt sind. Bei 50 Prozentiger Erwerbsminderung besteht indessen keine Aussicht. 2. Auf Antrag kann die Landesversicherungsanstalt ein Vorkommen einleiten lassen zu dem Zweck, die Erwerbsfähigkeit eines Erkrankten wieder herzustellen oder zu leben. — R. 31. 1. Der von Ihnen verlangte Steuerbetrag entspricht nach dem Gesetz einem Einkommen von 2400—2700 M. 2. Solange jemand länger als 10 Wochen ohne Einkommen ist, kann Antrag auf Erlass der Steuern gestellt werden. 3. Reklamation bei keine Aussicht auf Erfolg. — W. W. 18178. Wenden Sie sich beim Bedauern über das Kriegsmünzgesetz, Velpjäger Str. 6. — N. N. 2500. Erben des unehelichen Kindes sind die Großeltern. — Wgr. Aepion-Baumkulturmog.

